



**40 Jahre**  

---

**Freiheitliche  
Partei  
Österreichs**

Impressum:

**FREIE ARGUMENTE** Folge: 3/96 P.b.b

Zeitung des Freiheitlichen Bildungswerkes

Verleger, Herausgeber und Hersteller:

Freiheitliches Bildungswerk, Kärntner Str. 28, 1010 Wien

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Erscheinungsort: Wien

Verlagspostamt: 1010 Wien

# Inhalt

---

---

Geleitwort - Bundespräsident Dr. Thomas Klestil	4
Vorwort - Dr. Jörg Haider	5

---

Der lange Weg zum Erfolg	7
--------------------------	---

---

Die Freiheitspartei und das Erbe des VdU	9
Neuformierung des nationalliberalen Lagers	13
Erste Bewährungsproben bei Bundeswahlen	17
Alleinige Opposition gegen Schwarz und Rot	21
Im Ansturm auf die große Koalition	27
Die ÖVP regiert allein, Absage an die Freiheitlichen	33
In der Ära Kreisky politisch aufgewertet	39
Durch Führungsdiskussion unter Druck	49
Das Jahr mit Alexander Götz	53

---

Freiheitliche Erfolgsbilanz	60
-----------------------------	----

---

Verjüngte Führungsspitze, verändertes Profil	63
Die FPÖ als Regierungspartei	71
Aufbruch unter Jörg Haiders Führung	81
Durchbruch zur Mittelpartei	91
Von der Partei zur Bürgerbewegung	99

---



## Geleitwort des Bundespräsidenten

Die Demokratie weist den Parteien eine doppelte Aufgabe zu: Sie garantieren den Pluralismus der Meinungen und Ideen, den Wettbewerb von Regierung und Opposition - und damit die Wandlungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft. Gleichzeitig aber garantieren die Parteien durch ihre feste Bindung an die Grund- und Freiheitsrechte, an die Gerechtigkeit, die Solidarität und die Verantwortung das Miteinander und Füreinander - und befähigen uns erst, manche notwendige Auseinandersetzung auszutragen, ohne das Gemeinsame aus den Augen zu verlieren.

Die Freiheitliche Partei Österreichs hat seit ihrer Gründung vor 40 Jahren einen unbestrittenen Beitrag zur Mitgestaltung unserer Republik geleistet. Sie hat sich auf parlamentarischem Boden - als Oppositions-, aber auch als Regierungspartei - als eine engagierte politische Bewegung profiliert, und Vertreter der Freiheitlichen sind in wichtigen Funktionen für Österreich tätig gewesen. Im Gesetzgebungsbereich des Bundes und der Länder sind wesentliche Impulse von der FPÖ ausgegangen, und im Bereich der demokratischen Kontrolle waren freiheitliche Funktionäre auf allen Ebenen unseres Staates aktiv und immer wieder erfolgreich.

Wie wenige andere Länder Europas hat gerade Österreich in vergangenen Jahrhunderten viele Brüche, viele unglückselige Zeiten der Verwirrungen und der Irrwege bewältigen müssen, bis alle seine Bürger wieder an sich selbst, an die Kraft des Gemeinsamen und damit auch an ihren Staat glaubten. Ich freue mich, daß heute in allen politischen Lagern der Glaube an Österreich und die Bereitschaft zum Dienst für unsere Heimat fest verankert sind.

Jubiläen sind immer wichtige Augenblicke der Standortbestimmung, in denen der Blick gleichzeitig zurück und nach vorne fällt - zurück auf das bisher Geleistete und nach vorne auf die Aufgaben, die jetzt warten.

In diesem Sinne wünsche ich den "Freiheitlichen" einen erfolgreichen Verlauf ihrer Festveranstaltungen zum 40-jährigen Bestehen und bitte sie auch in den kommenden Jahrzehnten um Ihren Einsatz für Österreich!

Dr. Thomas Klestil  
Bundespräsident



## Der Freiheit verpflichtet

Unser 40-jähriges Jubiläum, das wir im Millenniumsjahr Österreichs begehen, ist Anlaß für einen Blick in Vergangenheit und Zukunft.

Die Gründung der FPÖ am 7. April 1956 war Zeugnis für die demokratische Reife und Selbständigkeit eines neuen Österreich. Die Besinnung auf die Tradition unserer Bewegung, die im Kampf um die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger im Jahr 1848 ihren Ausgangspunkt nahm, gab der Gründergeneration die Kraft, die Katastrophe von Diktatur und Weltkrieg zu überwinden. Wir sind stolz auf diese Generation und ihren Beitrag zum Wiederaufbau Österreichs und zur Festigung von Demokratie und Rechtsstaat.

Das unermüdliche Streben nach mehr Freiheit, mehr Transparenz und mehr Gerechtigkeit in einer lebendigen Demokratie waren und sind die Eckpfeiler freiheitlicher Politik. Viele Meilensteine haben wir auf diesem oft schwierigen Weg gesetzt. Die Einführung des amtlichen Stimmzettels bei Wahlen, unser Kampf für ein ausgewogenes Wahlrecht und das vehemente Bemühen um die Verankerung der direkten Demokratie in der Verfassung, sind nur einige der freiheitlichen Beiträge zur Geschichte der Zweiten Republik. Vieles von dem, was heute demokratische Selbstverständlichkeit ist, wurde damals von den Vertretern unseres Lagers gegen härteste Widerstände erstritten. Diesen Kampf gilt es fortzuführen.

Das gescheiterte Experiment der Regierungsbeteiligung in einer sozialistisch dominierten Koalition machte die Rückbesinnung auf die Wurzeln unserer politischen Arbeit notwendig. Der Innsbrucker Parteitag im September 1986 hat sie gebracht. Der anhaltende Erfolg auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene hat die Richtigkeit dieses Weges bestätigt und der FPÖ in nur wenigen Jahren den Durchbruch zur Mittelpartei gebracht.

In diesem erfolgreichen Erneuerungsprozeß ist die Freiheitliche Partei zu einer breiten und dynamischen Bürgerbewegung geworden. Wir haben auf die An- und Herausforderungen einer modernen Demokratie reagiert und damit einer Entwicklung Rechnung getragen, der sich unsere politischen Mitbewerber nach wie vor verweigern.

Unser Weg in eine freie und offene Gesellschaft ist nicht leicht und wird es auch in Zukunft nicht sein. Wer wie wir Machtverzicht fordert, wird von jenen bekämpft, die diese Macht als ihren Besitzstand betrachten. Wer wie wir die Grundfreiheiten der Bürger verteidigt, wird zum Feindbild jener, die diese Freiheiten mißbrauchen. Wer wie wir für direkte Demokratie eintritt, stößt auf den Widerstand jener, die sich selbst als Vormund von Staat und Bürger betrachten. Wer wie wir die offene Gesellschaft zum Ziel hat, wird von jenen als Bedrohung gesehen, die jahrzehntelang ein System politischer Abhängigkeiten errichtet haben.

Viele Menschen in unserem Land haben ihre Hoffnung in uns gesetzt. Wir haben die Verpflichtung, ihr Vertrauen zu rechtfertigen und mit ihnen gemeinsam unseren Weg weiterzugehen, in Freiheit und Verantwortung für eine gute Zukunft unserer Heimat Österreich.

Dr. Jörg Haider  
Bundesobmann

## Der lange Weg zum Erfolg

---

### **40 Jahre freiheitlicher Politik in Österreich führten von der Fünf-Prozent-Partei zum Wähler-Millionär**

Von ihren 40 Lebensjahren verbrachte die FPÖ 27 Jahre, also weit mehr als die Hälfte, auf einer politischen Durststrecke. Diese Zeit, in der die Freiheitlichen teils gegen eine 95prozentige Regierungsmehrheit, teils gegen Alleinregierungen zuerst der ÖVP und dann der SPÖ, die politische Aufgabe der Opposition erfüllten, war für sie mehr durch einen harten Überlebenskampf als durch aufbauende Erfolgserlebnisse geprägt. Die Jahre der Regierungsbeteiligung 1983 bis 1986 brachten statt des erhofften Aufschwungs die gefährliche Nähe zum Untergang. Erst die Wende am Jahresende 1986 leitete unter Jörg Haider jene steile Aufwärtsentwicklung ein, die in diesem Ausmaß keine andere Partei der Demokratien Europas aufzuweisen hat. Die folgende Chronik zeichnet die wichtigsten Stationen dieses so ungewöhnlichen Weges der Freiheitlichen zum Erfolg nach.

## Die Freiheitspartei und das Erbe des VdU

---

Die Notwendigkeit, Österreichs nationalliberales Lager neu zu formieren, zeichnet sich bereits zum Jahresbeginn 1955 klar ab. Der 1949 gegründete Verband der Unabhängigen zeigt seit seinen schweren Niederlagen bei Regionalwahlen im Herbst 1954 Auflösungserscheinungen. Bei einem außerordentlichen Bundesverbandstag am 5. und 6. Februar 1955 in Wien sollte ein neuer Weg zur Konsolidierung des VdU gefunden werden. An der Frage, ob der VdU weiterbestehen oder eine neue Partei gegründet werden sollte, scheiden sich die Geister: Es kommt zum Bruch, die Landesverbände Kärnten, Steiermark, Tirol und Vorarlberg sagen sich mehrheitlich vom VdU los. Sie bilden das Fundament der noch im Februar 1955 gegründeten „Freiheitspartei“.

### 1954

17. Oktober

Bei den Landtagswahlen in Salzburg fällt der VdU von fünf auf vier Mandate zurück, in Vorarlberg von sechs auf drei. In Wien, wo der VdU 1949 noch sechs Mandate errungen hat, scheidet er aus dem Landtag und aus dem Gemeinderat aus.

### 1955

5. und 6. Februar

Auf dem außerordentlichen VdU-Verbandstag im Wiener Ottakringer-Bräu kommt es zum Bruch zwischen der VdU-Führung und den Landesverbänden Kärnten, Tirol, Vorarlberg und Steiermark, deren Delegierte mehrheitlich den Verbandstag vorzeitig verlassen.

19. März

Die von Anton Reinhaller, Emil van Tongel, Friedrich Peter und Fritz Butschek gegründete „Freiheitspartei“ wird vereinsrechtlich zugelassen.

5. Juni

Der VdU-Landesverband Kärnten tritt geschlossen zur „Freiheitspartei“ über. Auch in den anderen Bundesländern gewinnt die „Freiheitspartei“ an Boden auf Kosten des VdU.



*Mit dem Verband der Unabhängigen (VdU) zogen 1949 wieder Freiheitliche in den Nationalrat ein. An der Spitze der Fraktion (erste Reihe v.l.n.r.): Herbert Kraus, Karl Hartleb, Robert Scheuch, Rudolf Kopf.*

*Foto: NFZ-Archiv*

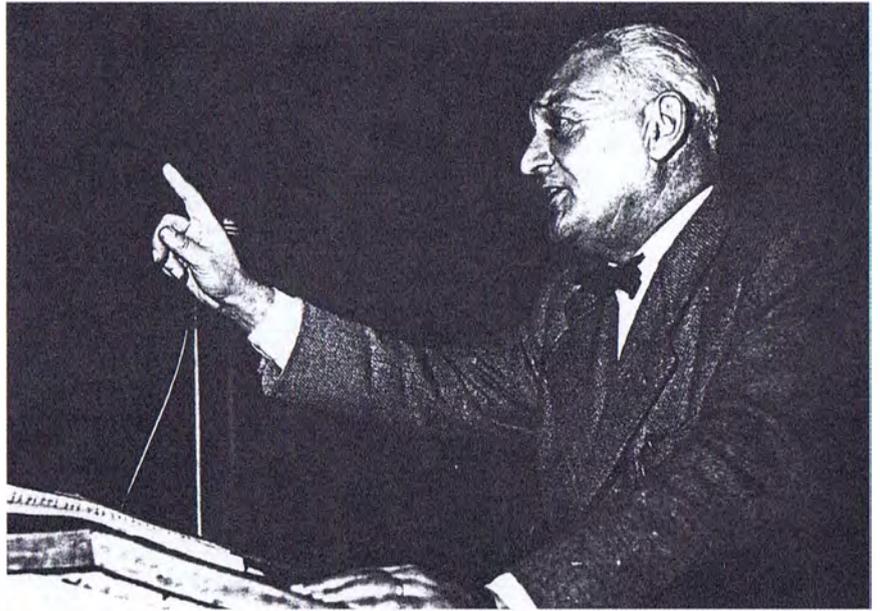


*VdU-Gründer Dr. Herbert Kraus drang mit seinen Reformideen in der VdU-Führungsspitze nicht durch.*

*Foto: NFZ-Archiv*

*Max Stendebach, ein sächsischer Oberst, konnte als VdU-Obmann und Nachfolger von Herbert Kraus die im VdU aufgebrochenen Gräben nicht überbrücken.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Karl Hartleb, Vizekanzler 1927 bis 1929 unter Bundeskanzler Ignaz Seipel, verband im VdU freiheitliche Traditionen der Ersten Republik mit der neuen freiheitlichen Bewegung des VdU, in dem er als Klubobmann und Dritter Präsident des Nationalrats tätig war.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Erst 1974, als die Gründung des VdU vor 25 Jahren gefeiert wurde, kam es zum freundschaftlichen Handschlag der einstigen Gegner: des VdU-Gründers Herbert Kraus und Friedrich Peters, der 1955 als Mitbegründer der Freiheitspartei gegen die damalige VdU-Führung auftrat. Wohlwollender Zuschauer war Gustav Zeillinger, der den Salzburger VdU ohne Bruch in die FPÖ führte.*

*Foto: NFZ-Archiv*

# Neuformierung des nationalliberalen Lagers

## Gründung der FPÖ

---

Zwischen dem schwer angeschlagenen und durch Massenaustritte geschwächten VdU und der „Freiheitspartei“ ziehen sich die Einigungsverhandlungen, die Unabhängige, Parteilose und vielerlei zwischen Schwarz und Rot angesiedelte Splittergruppen erfassen sollten, monatelang hin. Im Herbst 1955 wird ein Bundesproponentenkomitee gebildet, das die Gründung einer neuen Partei vorbereitet. Nach dem Organisationsaufbau in allen Bundesländern findet am 7. April 1956 in Wien der Gründungsparteitag der FPÖ statt.

### 1955

17./18. Oktober

In Wien konstituiert sich ein aus Exponenten des VdU, der Freiheitspartei und Parteilosen gebildetes Bundesproponentenkomitee zur Gründung einer neuen Partei.

23. Oktober

Bei der Landtagswahl in Oberösterreich treten VdU und Freiheitspartei erstmals gemeinsam als „Freiheitliche Wahlgemeinschaft“ zur Wahl an. Von den 10 VdU-Landtagsmandaten entfallen nur vier auf die Wahlgemeinschaft.

3. November

Das Bundesproponentenkomitee einigt sich auf den Namen „Freiheitliche Partei Österreichs“ für die neu zu gründende Partei. Zugleich beschließt das Komitee ein Kurzprogramm, ein Organisationsstatut und ein Arbeitsprogramm zur Vorbereitung auf die Nationalratswahl 1956.

### 1956

7. April

Im Hotel „Weißer Hahn“ in Wien-Josefstadt findet der Gründungsparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs statt. Mit den Stimmen von 117 der insgesamt 124 Delegierten der neugegründeten Landesparteigruppen wird Dipl.-Ing. Anton Reinthaller zum Bundesparteiobmann gewählt, zu seinen Stellvertretern Max Stendebach, Dr. Willfried Gredler und Dr. Heinrich Zechmann. Tags darauf, am 8. April, lösen sich der Verband der Unabhängigen (VdU) und die „Freiheitspartei“ auf.



Der Gründungsparteitag der FPÖ am 7. April 1956 im Hotel "Weißer Hahn" in Wien-Josefstadt: Ein historisches Ereignis in bescheidenem äußeren Rahmen.  
Foto: NFZ-Archiv

In der neuen Führungsspitze standen neben Bundesparteiobmann Dipl.-Ing. Anton Reinthaller Exponenten der nationalen Richtung wie der Kärntner Heinrich Zechmann (links) und der Liberalen wie Wilfried Gredler (rechts).  
Foto: NFZ-Archiv



Als "Graue Eminenzen" übten der Ker Dr. Emil van Tongel u Verfassungsjurist Univ.-Prof. Dr. Pfeifer von Anfang an maßgebende fluß in der FPÖ aus.  
Foto: NFZ-Archiv



*Helfried Pfeifer, Willfried Gredler, Max Stendebach: In der FPÖ prägten von Beginn an Persönlichkeiten das politische Profil.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Dieser Händedruck zwischen Anton Reinthaller und Max Stendebach stand am glücklichen Ende eines langen Tauziehens zwischen Freiheitspartei und VdU, das zeitweise an einer erfolgreichen Neuformierung des freiheitlichen Lagers Zweifel aufkommen ließ.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Willfried Gredler, der der ÖVP schon 1951 den Rücken gekehrt hatte, weil sie sich als nicht reformwillig erwies, war der erste Klubobmann der FPÖ im Nationalrat.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Völlig unumstritten als Bundesparteiohmann war Anton Reinthaller auf dem 2. ordentlichen Bundesparteitag am 1. Juni 1957 in Klagenfurt, wo er mit mehr als 90 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde.*

*Foto: NFZ-Archiv*

## Erste Bewährungsproben bei Bundeswahlen

Nur wenige Wochen nach ihrer Gründung muß sich die FPÖ am 13. Mai 1956 bei der Nationalratswahl zur ersten großen Bewährungsprobe stellen. Aus dem Erbe des VdU, der 1953 bei der Nationalratswahl noch 14 Mandate (damals von insgesamt 165) erhalten hatte, kann die FPÖ nur sechs für sich gewinnen, Wahlsieger ist die ÖVP, die acht Mandate aus dem VdU-Erbe erhält. Schon 1957 war bei der Bundespräsidentenwahl die nächste große politische Kraftprobe zu bestehen. Die FPÖ nominiert gemeinsam mit der ÖVP den Chirurgen Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Denk als überparteilichen Kandidaten für die Präsidentenwahl. Denk unterliegt knapp dem sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Adolf Schärff. Der FPÖ droht nach diesem für sie enttäuschenden Wahlausgang der Absturz in die politische Bedeutungslosigkeit.

### 1956

13. Mai

Bei ihrem ersten Antreten zu einer Nationalratswahl erzielt die FPÖ sechs Mandate (283.749 Stimmen, 6,52 %). Von den 14 Mandaten, die der VdU 1953 erreicht hatte, entfallen acht auf die ÖVP. Sie kommt auf 82 Mandate, die SPÖ auf 74, die KPÖ auf drei. (Aufgrund der damals geltenden Wahlordnung betrug die Gesamtzahl der Mandate 165). Der ersten freiheitlichen Nationalratsfraktion gehören an: Willfried Gredler (Klubobmann), Helfried Pfeifer, Max Stendebach, Gustav Zeillinger, Heinrich Zechmann, Jörg Kandutsch.

### 1957

5. Mai

Bei der Bundespräsidentenwahl entfallen 51,1 Prozent der Stimmen auf den SPÖ-Kandidaten Adolf Schärff, 48,9 % auf den gemeinsamen Kandidaten der ÖVP und der FPÖ, Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Denk. Die ÖVP hat der FPÖ vor der Wahl eine Wahlrechtsreform bis längstens 31. Oktober 1957 zugesagt. Die Zusage wird von der ÖVP nicht eingehalten, es kommt zu keinen weiteren Kontakten zwischen ÖVP und FPÖ.

1./2. Juni

Anton Reinthaller und seine Stellvertreter Gredler, Stendebach und Zechmann werden auf dem 2. ordentlichen Bundesparteitag in Klagenfurt wiedergewählt.

# GEGEN SCHWARZ UND ROT DIE DRITTE KRAFT



## Freiheitliche Partei Österreichs

Hören **SIE** die  
**FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS**  
am Donnerstag, den 8. März 1956

in der  
**ERSTEN ÖFFENTLICHEN  
VERSAMMLUNG**

über das Thema:

**Die FPÖ greift an!**

Sprecher:  
**Dr. TONGEL (Wien)**  
**LR. Dr. A. STEPHAN**

in den Sandwirtsälen in Graz,  
Griesgasse • Beginn: 20 Uhr

Verleger, Eigentümer und Herausgeber: FPÖ-Landesgruppe Steiermark, Graz, Herren-gasse 13/II. — Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Anton Stephan, Graz, Landhaus. — Druck: Alexander Bauer, Graz, Annenstraße 19.

*Die ersten FPÖ-Plakate für die Nationalratswahl am 13. Mai 1956. Die für die Wahlvorbereitung zur Verfügung stehende Zeit war viel zu kurz, um werbewirksame Plakate zu gestalten. Der Einsatzwille war vorhanden, das fehlende Geld konnte er aber nicht ausreichend ersetzen.*

*Kaum war 1956 die Nationalratswahl geschlagen, stand 1957 nach Theodor Körners Tod die Bundespräsidentenwahl vor der Tür. Die FPÖ beschloß, aktiv an der Wahl teilzunehmen, indem sie gemeinsam mit der ÖVP als unabhängigen Kandidaten den Arzt Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Denk nominierte. Anton Reinthaller (stehend) und Bundeskanzler Julius Raab (links neben Prof. Denk) führten den Wahlkampf gemeinsam.  
Fotos: NFZ-Archiv*



## Alleinige Opposition gegen Schwarz und Rot

Nach Anton Reinthallers Tod (6. März 1958) läßt sich die FPÖ mit der Wahl eines neuen Bundesparteiobmanns bis zum Herbst 1958 ein halbes Jahr Zeit (Wahl Friedrich Peters am 13. September). Bis zur Nationalratswahl am 10. Mai 1959 tritt in der Partei eine neue Aufbruchsstimmung ein, die sich im Zugewinn von zwei Nationalratsmandaten (8 statt bisher 6) niederschlägt. In Wien sichert sich die FPÖ die Vertretung im Landtag und Gemeinderat, aus dem der VdU 1954 ausgeschieden war. Am starren System der schwarz-roten Koalition aber ändert sich nichts. Alfons Gorbach, der Julius Raab als Bundeskanzler ablöst, macht keine der von ihm versprochenen Reformen wahr. Die FPÖ profiliert sich nach dem Ausscheiden der Kommunisten aus dem Parlament als alleinige Opposition gegen Schwarz und Rot. Auf der politischen Durststrecke dieser politisch unergiebigsten Jahre bröckelt freiheitliches Wählerpotential ab. Bei der Nationalratswahl 1962 können die acht FPÖ-Mandate nur noch mit viel Glück gehalten werden.

### 1958

12.-14. September

Als Nachfolger des am 6. März verstorbenen Parteigründers und ersten Bundesparteiobmanns Dipl.-Ing. Anton Reinthaller wird Friedrich Peter auf dem 3. ordentlichen Bundesparteitag in Salzburg zum neuen Bundesparteiobmann gewählt.

### 1959

10. Mai

Die FPÖ gewinnt bei der Nationalratswahl zu ihren sechs Mandaten zwei dazu (336.110 Stimmen, 7,70 Prozent). Die ÖVP fällt von 82 auf 79 Mandate zurück, die SPÖ rückt von 74 Mandaten auf 78 auf und erzielt sogar einen leichten Stimmenvorsprung gegenüber der ÖVP. Die KPÖ verliert ihre drei Nationalratsmandate und scheidet somit aus dem Nationalrat aus.

25. Oktober

Bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien erreicht die FPÖ vier Mandate. Die Freiheitlichen erkämpfen wieder eine Vertretung in der Bundeshauptstadt, die der VdU 1954 eingebüßt hat.

### 1960

23. März

Die FPÖ stimmt im Nationalrat gegen den Beitritt Österreichs zur Europäischen Freihandelszone (EFTA) und beantragt stattdessen Österreichs Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

13.-16. Oktober

Nationalratsabgeordneter Gustav Zeillinger berichtet auf dem 5. ordentlichen Bundesparteitag in Graz über die Erfolge der österreichischen Delegation, die in der UNO-Vollversammlung in New York eine Resolution für Südtirol durchgesetzt hat. Zeillinger gehörte dieser von Außenminister Bruno Kreisky geführten Delegation an, erstmals wurde ein Freiheitlicher in eine wichtige außenpolitische Aktion eingeschaltet.

## **1961**

21. April

Mit ihrer Forderung, so wie in anderen demokratischen Staaten endlich auch in Österreich die parlamentarische Fragestunde einzuführen, erzielt die FPÖ einen Durchbruch. Ein Geschäftsordnungskomitee des Nationalrats erarbeitet einen Dreiparteiantrag auf Einführung der Fragestunde, der am 25. Mai vom Nationalrat einstimmig beschlossen wird. Premiere hat die Fragestunde in der Nationalratssitzung am 15. Oktober. Erster Fragesteller ist Dr. Willfried Gredler.

15. Dezember

Der Nationalrat beschließt gegen die Stimmen der FPÖ die Einführung der Ministerpension.

## **1962**

5./6. Mai

Die FPÖ fordert auf ihrem 6. ordentlichen Bundesparteitag in Klagenfurt die Einführung der alljährlichen Anpassung der Pensionen an die gestiegenen Lebenshaltungskosten (Pensionsdynamik). Beschlossen wird die Pensionsdynamik vom Nationalrat erst drei Jahre später, am 28. April 1965.

Ende Juli

Angesichts der sich verschärfenden Spannungen zwischen den Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ führt Bundeskanzler Alfons Gorbach über Vermittlung der Industriellenvereinigung Gespräche mit einer von Friedrich Peter geführten freiheitlichen Delegation. Gegenstand des Gesprächs ist eine mögliche schwarz-blaue Koalition nach der nächsten Nationalratswahl.

18. November

Bei der Nationalratswahl kann die FPÖ trotz Verlust von rund 20.000 Stimmen ihre acht Sitze im Nationalrat behaupten. Die ÖVP geht aus der Wahl gestärkt hervor (81 statt 79 Mandate), die SPÖ fällt von 78 auf 76 Mandate zurück. Entgegen den mit der FPÖ im Sommer 1962 geführten Gesprächen verhandelt Bundeskanzler Alfons Gorbach über die Bildung einer neuen Regierung nur mit der SPÖ.



*Nach Anton Reinthallers frühem Tod wurde Friedrich Peter im Herbst 1958 zum neuen Bundesparteiohmann gewählt. Für die nur neun Monate später zu schlagende Nationalratswahl wurde in FPÖ-Plakate viel Phantasie und Humor investiert.  
Fotos: NFZ-Archiv*





*Die Bundesparteitage hier der 4. ordentliche Bundesparteitag 1959 in Salzburg lieferten durch ihr festliches Gepränge den Beweis für das ständig steigende Selbstbewußtsein im freiheitlichen Lager.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Als in Berlin durch den Mauerbau das Elend der zweigeteilten Stadt begann und die ersten Opfer an diesem "Todeswall" zu beklagen waren, fanden sich bereits 1962 die FPÖ-Nationalratsabgeordneten am Tatort ein.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Viele Jahre hindurch war der Salzburger Nationalratsabgeordnete Gustav Zeillinger die "schärfste Waffe" der freiheitlichen Opposition im Parlament, die gegen eine mehr als neunzigprozentige Regierungsmehrheit allein auf ihrem Posten stand.*

*Foto: Fritz Kern*



*Der 6. ordentliche Bundesparteitag 1962 in Klagenfurt: Man trug Zuversicht zur Schau, so wenig damals auch eine konkrete Chance zur Überwindung der schwarz-roten Parteienherrschaft bestand.*

*Foto: NFZ-Archiv*

## Im Ansturm auf die große Koalition

Die nach der Nationalratswahl 1962 erst nach vier Monaten und nur unter schwersten Krämpfen wieder zustandegekommene Regierung der großen Koalition (Gorbach-Pittermann II) erweist sich von Anfang an als brüchig. Die Habsburg-Krise - Streit um Ottos Verzichtserklärung und seine Einreise nach Österreich - nützt die FPÖ, um das starre schwarz-rote Bündnis zu durchbrechen. Die Absprachen zwischen SPÖ und FPÖ über die Bildung einer rot-blauen Regierung nehmen konkrete Formen an, die Sozialisten sagen den Freiheitlichen eine Wahlrechtsreform bindend zu. Als Franz Olahs Ambitionen erkennbar werden, Chef einer rot-blauen Koalitionsregierung zu werden, bricht in der SPÖ ein vehementer parteiinterner Machtkampf aus, den die Olah-Gegner zu ihren Gunsten entscheiden. Die Großkoalitionäre in SPÖ und ÖVP finden wieder zueinander, der neue Bundeskanzler heißt Josef Klaus. Die FPÖ gerät durch das gescheiterte Experiment, die Regierungsbeteiligung zu erreichen, gleichfalls in eine ernste Krise.

### 1963

26. März

Nach vier Monate dauernden Verhandlungen kommt noch einmal eine Regierung der großen Koalition zustande, das Kabinett Gorbach-Pittermann II wird angelobt. Der SPÖ gelingt es, den Wahlerfolg der ÖVP durch einen Verhandlungserfolg der Sozialisten unwirksam zu machen.

28. April

Bei der Bundespräsidentenwahl siegt Adolf Schärf bei seiner Wiederwahl mit großem Vorsprung über Julius Raab (55,4 zu 40,6 Prozent). Im Wahlergebnis sehen die Sozialisten ein Signal für die Durchsetzung ihres Führungsanspruchs.

5. Juni

Der Streit um die Gültigkeit der Verzichtserklärung Otto Habsburgs - sie soll ihm den Weg zur Einreise nach Österreich frei machen - führt zur offenen Koalitionskrise. Die SPÖ stimmt einer Entschließung der Freiheitlichen im Parlament zu, die eine authentische Interpretation des Verwaltungsgerichtshoferkennnisses fordert, das Ottos Verzichtserklärung die Gültigkeit bescheinigt. Die FPÖ besteht darauf, daß die Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats eingeholt werden muß. Die ÖVP wird überstimmt.

19./20. Juni

Der Bundesparteivorstand der FPÖ ermächtigt Bundesparteiohmann Friedrich Peter und den FPÖ-Nationalratsklub, Verhandlungen mit der SPÖ zu führen. Ziel dieser Verhandlungen ist „die Beendigung des derzeitigen Koalitionssystems“.

4. Juli

Die freiheitliche Nationalratsfraktion stimmt mehrheitlich einer EntschlieÙung der SPÖ zu, in der die Rückkehr Otto Habsburgs nach Österreich für „unerwünscht“ erklärt wird. Wieder wird die ÖVP überstimmt.

10. Juli

Der Nationalrat beschließt einstimmig die von der FPÖ seit Jahren geforderten, zur Durchführung von Volksbegehren erforderlichen Ausführungsgesetze.

## 1964

3. April

FPÖ-Klubobmann Dr. Jörg Kandutsch wird vom Nationalrat zum Präsidenten des Rechnungshofes gewählt. Von 137 abgegebenen Stimmen entfallen 121 auf Kandutsch.

11.-14. Juni

Auf dem 7. ordentlichen Bundesparteitag wird das „Salzburger Bekenntnis“ beschlossen, in dem sich die FPÖ erstmals darauf beruft, die Erbschaft des national-liberalen Gedankenguts in der Zeit der Habsburger-Monarchie und der Ersten Republik anzutreten.

16. Juli

Die mündliche Vereinbarung zwischen SPÖ und FPÖ über die Wahlrechtsreform, die die Bevorzugung großer Parteien auf Kosten kleinerer ausschließt, wird schriftlich fixiert. Als Endtermin für den Beschluß der Wahlrechtsreform im Parlament wird der 4. November 1964 festgesetzt.

3. November

Nach dem Ausschluß Franz Olahs aus der SPÖ und seiner Absetzung als Innenminister bricht die sozialistische Führungsspitze unter Vizekanzler Bruno Pittermann, Justizminister Christian Broda und ÖGB-Präsident Anton Benya alle Kontakte zur FPÖ ab. Zum Bruch der Vereinbarung über die Wahlrechtsreform gibt es seitens der SPÖ offiziell kein Wort der Entschuldigung oder Begründung.

## 1965

28. April

Der Nationalrat beschließt die Einführung der bereits vor Jahren erstmals von der FPÖ geforderten Pensionsdynamik.

30. Juni

Die Fristen, die sich die Koalitionsregierung für die Rundfunkreform, für die Neuordnung der verstaatlichten Betriebe und des Wohnungswesens gesetzt hat, laufen ab, ohne daß auch nur eine dieser Reformen verwirklicht worden wäre. Am 22. Oktober scheidet die Koalitionsregierung entgültig an der Erstellung eines Budgets für 1966.



*Friedrich Peter und Gustav Zeillinger entwarfen 1963 die Strategie, wie die FPÖ, falls die schwarz-rote Koalition am Konflikt in der Habsburg-Frage zerbricht, Regierungspartei werden könnte (rechts der Vorarlberger Abgeordnete Werner Meller).  
Foto: NFZ-Archiv*



*Ein Höhepunkt in der Zeit der zwanzigjährigen Obmannschaft Friedrich Peters: Der 7. ordentliche Bundesparteitag in Salzburg, auf dem das "Salzburger Bekenntnis" beschlossen wurde.  
Foto: NFZ-Archiv*



*Je sicherer die FPÖ in ihre politische Rolle hineinwuchs, desto unumstrittener wurde sie im früher intern zerstrittenen freiheitlichen Lager. Selbst Außenseiter wie Fritz Stüber und Fritz Ursin (2. und 3. v.l.) wurden 1964 als Ehrengäste zum Wiener Landesparteitag eingeladen.  
Foto: NFZ-Archiv*



*Zur stärksten Bastion in der Freiheitlichen Partei gehörten traditionsgemäß die Salzburger Freiheitlichen unter dem Dreigestirn (v.l.n.r.) Sepp Weilharter, Walter Leitner und Waldemar Steiner.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Mit der Wahl des freiheitlichen Abgeordneten Jörg Kandutsch zum Präsidenten des Rechnungshofes am 3. April 1964 wurde ein erstes starkes Zeichen für die politische Aufwertung der FPÖ gesetzt.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Hoher Besuch aus der Bundesrepublik Deutschland, so u.a. der Präsident des deutschen Bundestags Thomas Dehler (in der Mitte zwischen Jörg Kandutsch und Willfried Gredler), gab dem Bundesparteitag 1964 in Salzburg besonderes Gewicht.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Österreichs Botschafter in Bonn, Dr. Willfried Gredler, zwischen den Bundespräsidenten Gustav Heinemann und Franz Jonas, der 1973 einen Deutschland-Besuch absolvierte.*

*Foto: NFZ-Archiv*

*Bombenterror gegen Freiheitliche: am 13. März 1962 verwüstete ein Anschlag das Haus des freiheitlichen Bürgermeisters von Lustenau, Robert Bösch. Der Täter wurde nie gefasst.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Der Diplomat Dr. Willfried Gredler vertrat Österreich als Botschafter zuerst in Straßburg, dann in Bonn und zuletzt in Peking. Daneben gehörte er weiterhin der Führungsspitze der FPÖ an.*

*Foto: NFZ-Archiv*

## Die ÖVP regiert allein, Absage an die Freiheitlichen

Die Krise der SPÖ, die Abspaltung einer von Franz Olah gegründeten Partei, läßt die ÖVP bei der Nationalratswahl 1966 zum großen Wahlsieger werden. Die FPÖ, die in den Sog der Verlierer gerät, muß zwei ihrer acht Mandate an die ÖVP abgeben, die somit die absolute Mehrheit erringt. Mehr notgedrungen als der eigenen Kraft vertrauend bildet die ÖVP eine Alleinregierung, die jedoch auf Sozialpartnerebene die Rolle der SPÖ als „Nebenregierungs-partner“ duldet. Josef Klaus setzt sich mit keiner seiner Reformen durch. Nicht in der SPÖ, sondern in den Freiheitlichen sieht die ÖVP ihren Hauptgegner. Kooperationsangebote der Freiheitlichen an die ÖVP werden trotz deutlicher Anzeichen, daß die ÖVP-Absolute nicht zu halten sein wird, von Generalsekretär Hermann Withalm abgewiesen. Die FPÖ profiliert sich durch gute Arbeit im Parlament. Ihr neues Bad-Ischler-Programm schafft feste ideologische Grundlagen.

### 1966

6. März

Die FPÖ fällt bei der Nationalratswahl von acht auf sechs Mandate zurück. Auch die SPÖ verliert zwei Mandate (von 76 auf 74). Mit 85 Mandaten erringt die ÖVP unter Josef Klaus die absolute Mehrheit.

20. April

Nach Scheitern der Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP über die Bildung einer neuerlichen Regierung der großen Koalition wird die ÖVP-Alleinregierung mit Bundeskanzler Josef Klaus an der Spitze angelobt. Die Regierungserklärung enthält kein Angebot zur Zusammenarbeit an die FPÖ.

21.-23. Oktober

Trotz Kritik an der Haltung der Parteiführung in der Habsburg-Krise wird Friedrich Peter mit starker Mehrheit als Bundesparteiobmann bestätigt. Neu rückt Otto Scrinzi in die Parteiführung ein, was als Rechtsruck bewertet wird.

### 1967

30. Juni

Mit einer Steuerreform bezweckt Finanzminister Wolfgang Schmitz einen populären Start der ÖVP-Alleinregierung. Bereits am 22. Oktober präsentiert er ein Belastungspaket, weil er die Finanzsituation falsch eingeschätzt hat. Die FPÖ-Opposition geht zur Regierung Klaus verstärkt auf Distanz.

23. Oktober

Das Ergebnis der oberösterreichischen Landtagswahl (23 ÖVP, 23 SPÖ, 2 FPÖ) teilt den Freiheitlichen bei der Wahl des Landeshauptmanns die Schlüsselrolle zu. Aufgrund einer Vereinbarung mit der ÖVP stimmen die FPÖ-Landtagsabgeordneten für Heinrich Gleißner, der somit erneut zum Landeshauptmann gewählt wird.

## 1968

28. März

Der neue Finanzminister der Regierung Klaus, Stephan Koren, tritt zur Budgetsanierung eine Lawine von Steuererhöhungen los, wodurch die ÖVP-Alleinregierung für die Opposition neue Angriffsflächen bietet. Die Kritik der Freiheitlichen richtet sich insbesondere gegen die neu erfundene „Autosondersteuer“.

11.-13. Oktober

Auf dem 9. ordentlichen Bundesparteitag in Bad Ischl wird nach zweijähriger parteiinterner Diskussion das neue Parteiprogramm, das „Bad-Ischler-Programm“, beschlossen. Es bezeichnet eine „nationale, freiheitliche, soziale und europäische Politik auf der Grundlage echter Volksgemeinschaft“ als zentrales Ziel der FPÖ.

## 1969

23. Mai

Bei den Landtagswahlen in Salzburg verzeichnet die FPÖ unter Walter Leitner als einzige Partei einen Zugewinn, und zwar von vier auf sechs Mandate. Freiheitliche Erfolge bringen auch die Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen vom 27. April (4 statt 3 Mandate), die Arbeiterkammerwahlen (40 statt 27 Mandate) und die Vorarlberger Landtagswahl (7 statt 6 Mandate). Großer Verlierer dieser Regionalwahlen ist die ÖVP, für die die Wiedererringung der absoluten Mehrheit immer unwahrscheinlicher wird. Trotzdem lehnt ÖVP-Generalsekretär Hermann Withalm ein Zusammenarbeitsangebot des Abg. Gustav Zeillinger für die Zeit nach der Wahl ab.



*Als Otto Scrinzi 1966 gegen den Willen Friedrich Peters in die Führungsspitze der FPÖ gewählt wurde, sprach man von einem "Rechtsruck".*

*Der 8. ordentliche Bundesparteitag 1966 in Klagenfurt hatte allen Grund, die Notwendigkeit der FPÖ zu betonen, war sie doch in der kurz vorher angebrochenen Zeit der ÖVP-Alleinregierung neben der großen SPÖ-Opposition zur "kleinen Oppositionspartei" geworden.*





Im Jahr 1969, das der FPÖ auf allen Ebenen Erfolge brachte, wurde Erwin Hirsenschall zum Hoffnungsträger der Wiener Freiheitlichen.



“Klein, aber oho”: So war die freiheitliche Sechsmannfraktion zu bewerten, die 1966 bis 1970 eine sehr aktive Rolle als Opposition gegen die ÖVP-Alleinregierung spielte: Erste Reihe (v.l.n.r.): Klubobmann Emil van Tonge, Othmar Meißl (stehend), Friedrich Peter. Zweite Reihe (v.l.n.r.): Otto Srim, Gustav Zeillinger (stehend) und Werner Meller.

**bekannt  
beliebt  
bewährt**

**WEILHARTNER**

**FPÖ Liste 3**

An die Spitze



In der Stadt Salzburg machte sich Sepp Weihartner Hoffnungen, vom Vizebürgermeister zum Bürgermeister aufzusteigen, was ihm freilich versagt blieb.

*Bundeskanzler Josef Klaus wollte Willfried Gredler im Jänner 1968 als Außenminister in seine Regierung aufnehmen. Da Klaus dabei die FPÖ überging, lehnte Gredler dieses Angebot ab.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Mit der ÖVP und ihrem starken Mann, dem "eisernen" Hermann Withalm, ins Gespräch zu kommen, erwies sich für Friedrich Peter (Mitte) ebenso schwierig wie für Gustav Zeillinger (unten). Zeillingers Vorschlag, die ÖVP solle mit der FPÖ über eine Kooperation reden, falls die ÖVP 1970 nicht wieder die absolute Mehrheit erringt, lehnte Withalm brüsk ab. So kam 1970 die "bürgerliche Mehrheit", bestehend aus ÖVP und SPÖ, nicht ins Spiel, der Weg zur "Machtergreifung" war für die SPÖ frei.*

*Fotos: NFZ-Archiv, Votava*



## In der Ära Kreisky politisch aufgewertet

Die FPÖ rechnet sich zur Nationalratswahl 1970 die Chance aus, mit der ÖVP bei dem zu erwartenden Verlust ihrer absoluten Mehrheit eine schwarz-blaue Koalition zu bilden. Die ÖVP verliert aber nicht nur die absolute Mehrheit, sondern wird von den Sozialisten als stärkste Partei überholt. Die dennoch vorhandene ÖVP-FPÖ-Mehrheit wird von der ÖVP nicht genützt, Josef Klaus lehnt eine Kooperation mit den Freiheitlichen ab. Bruno Kreisky, zunächst Chef einer sozialistischen Minderheitsregierung, sucht hingegen die Unterstützung durch die FPÖ (Budget 1971). Er löst das schon 1963 gegebene Versprechen der Wahlrechtsreform ein, erringt bei der vorverlegten Nationalratswahl 1971 die absolute Mehrheit und braucht daher die Freiheitlichen als Partner nicht mehr. Die FPÖ, politisch aufgewertet, aber doch wieder auf die Rolle der Opposition verwiesen, nimmt innerparteiliche Reformen in Angriff und modernisiert mit dem Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik ihre programmatischen Grundlagen. Der erhoffte größere Wählerzustrom tritt jedoch nicht ein.

### 1970

16. Jänner

Gegen die ÖVP-Wahlparole „Die Dritte Kraft den roten Kanzler schafft“ legt sich die FPÖ auf ein striktes Nein zu einem sozialistischen Bundeskanzler fest: „Kein roter Bundeskanzler, kein schwarzes Österreich“. Mit dieser Aussage läßt sich die FPÖ aber die Möglichkeit einer Regierungspartnerschaft mit der ÖVP offen.

1. März

Das Ergebnis der Nationalratswahl (81 SPÖ, 79 ÖVP, 5 FPÖ) signalisiert einen politischen Machtwechsel in Österreich. Josef Klaus schließt noch in der Wahlnacht eine Kooperation mit der FPÖ aus. Am 21. April wird nach dem Scheitern der Verhandlungen der Sozialisten mit der ÖVP über eine Koalitionsregierung die Minderheitsregierung Kreisky angelobt.

4. Oktober

Nach erfolgreicher Anfechtung des Ergebnisses der Nationalratswahl beim Verfassungsgerichtshof durch Dr. Tassilo Broesigke erobert die FPÖ auf Kosten der ÖVP ein sechstes Nationalratsmandat. Es steht daher 81 SPÖ : 78 ÖVP : 6 FPÖ.

26. November

Der Nationalrat beschließt mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ die Wahlrechtsreform: Jedes Bundesland ein Wahlkreis, zwei Wahlkreisverbände, 183 statt bisher 165 Abgeordnete.

## **1971**

10. Oktober

Bei der vorverlegten Nationalratswahl wird erstmals auf der Grundlage des neuen Wahlrechts gewählt. Das Ergebnis: 93 SPÖ, 80 ÖVP, 10 FPÖ. Nunmehr gestützt auf die absolute Mehrheit der SPÖ, bildet Kreisky neuerlich eine sozialistische Alleinregierung.

## **1972**

9. Juli

Die bisher steuerfreien Politikerbezüge werden zur Hälfte der Besteuerung unterworfen, zugleich aber tritt eine Bezugserhöhung ein, die die Besteuerung mehr als wettmacht. Als einziger Abgeordneter erklärt Dr. Gerulf Stix, er schäme sich für diese Regelung.

22.-24. September

Auf dem 11. ordentlichen Bundesparteitag in Villach werden Parteireformen beschlossen, so die Gründung des „Freiheitlichen Bildungswerks“ und die Neugestaltung des Parteiorgans „Neue Front“, das in „Neue Freie Zeitung“ umbenannt wird (die erste Ausgabe erscheint mit Datum vom 6. Jänner 1973).

## **1973**

21. April

Alexander Götz, der bei der Grazer Gemeinderatswahl die Zahl der FPÖ-Mandate von sieben auf neun erhöhte, wird mit Unterstützung der ÖVP zum neuen Grazer Bürgermeister gewählt. Im Grazer Gemeinderat hatte die SPÖ bei der Wahl ihre absolute Mehrheit eingebüßt.

6. September

Die erweiterte Bundesparteileitung beschließt in Linz das nach mehrjähriger parteiinterner Diskussion erstellte „Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik“. Es erweitert die Programmaussagen der Freiheitlichen zu den neuen gesellschaftspolitischen Entwicklungen und soll der FPÖ die Regierungsfähigkeit bescheinigen.

## **1974**

10. März

Die erste Nummer des vom Freiheitlichen Bildungswerk herausgegebenen theoretischen Organs „Freie Argumente“ erscheint.

6. April

Zum Jubiläum „25 Jahre freiheitliche Politik in Österreich“ veranstaltet die FPÖ einen Festakt in der Wiener Hofburg. Den „Gruß der Jugend“ überbringt Jörg Haider.

13.-15. September

Der 12. ordentliche Bundesparteitag in Innsbruck meldet erstmals offen den Anspruch der FPÖ auf Regierungsbeteiligung an, ohne sich auf einen Regierungspartner festzulegen.

5. November

Nach Rückschlägen bei den Wahlen in der Steiermark, in der Arbeiterkammer (29 statt 40 Mandate), und insbesondere in Vorarlberg (4 statt 7 Mandate) wird ein „Langzeitausschuß“ zur Lösung der FPÖ-Krise eingesetzt. Ein Rücktrittsangebot Friedrich Peters als Bundesparteiobmann wird nicht angenommen.

*Die historische Wahlentscheidung vom 1. März 1970 machte Bruno Kreisky zum Wahlsieger und ließ die ÖVP unter Bundeskanzler Klaus vom ersten Platz abstürzen, den sie seit 1945 eingenommen hatte. Eine Koalition mit der FPÖ unter Friedrich Peter (Mitte) lehnte Klaus nach der Wahlnacht brüsk ab.*

*Foto: Votava*



*Die bei der Nationalratswahl am 1. März 1970 auf fünf Mann zusammengeschrumpfte FPÖ-Mannschaft setzte durch ihren Rechtsexperten Dr. Tassilo Broesigke beim Verfassungsgerichtshof erfolgreich die Anfechtung des Wahlergebnisses durch. Bei der Nachwahl am 4. Oktober 1970 eroberte die FPÖ ihr sechstes Mandat zurück.*

*Foto: Votava*



*Der historische Händedruck zwischen Bruno Kreisky und Friedrich Peter leitete 1970 einen neuen Abschnitt österreichischer Zeitgeschichte ein.*

*Foto: Fritz Kern*



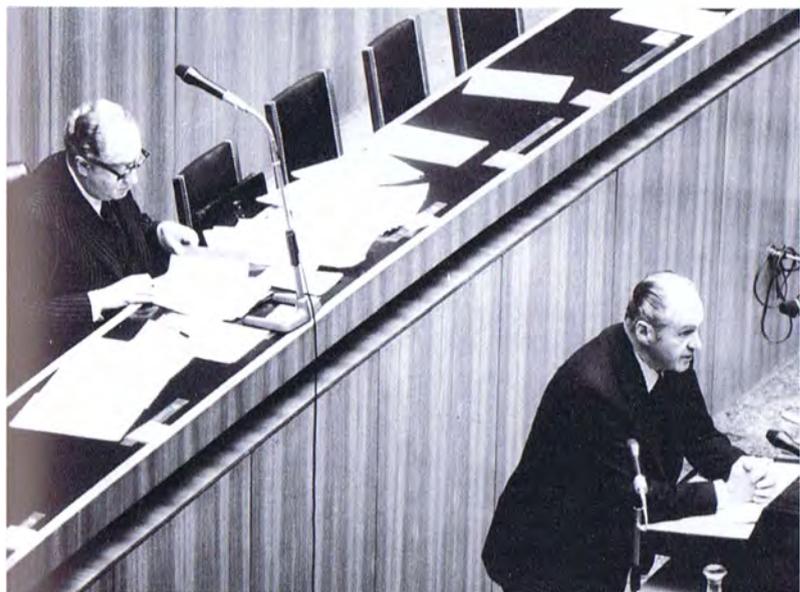
*Der 10. ordentliche Bundesparteitag 1970 in Baden bei Wien segnete den neuen Kurs der Parteiführung ab: Die FPÖ stimmte für das Budget 1971 der Minderheitsregierung Kreisky.*

*Foto: NFZ-Archiv*



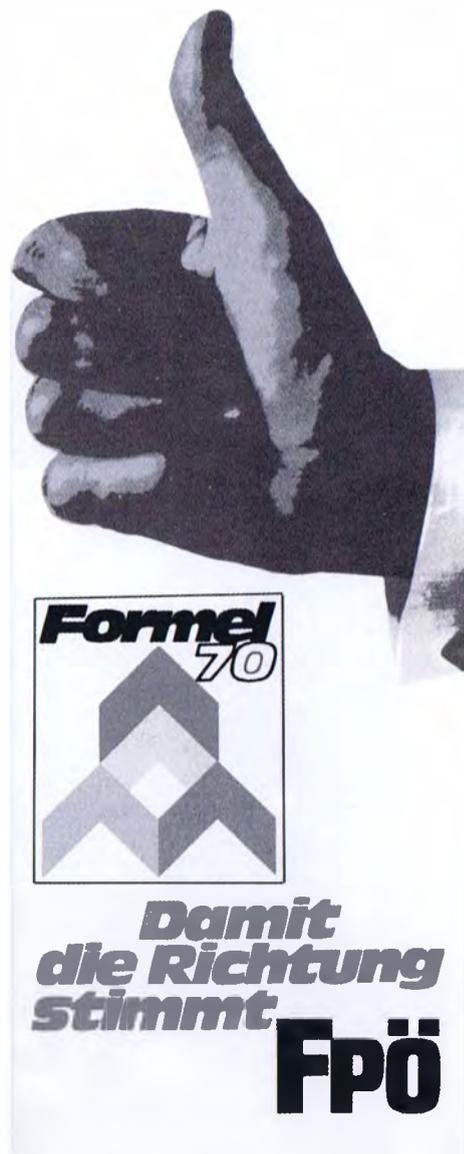
*In den Verhandlungen mit der SPÖ über das Budget 1971 rangen die Freiheitlichen der Minderheitsregierung Kreisky einige Zugeständnisse ab, u.a. die Aufhebung der unpopulären Auto-sondersteuer.*

*Foto: Fritz Kern*



*Über der freiheitlichen Opposition unter Friedrich Peter thronte ein zumeist durchaus wohlwollender Bundeskanzler Bruno Kreisky.*

*Foto: Votava*



*Das FPÖ-Wahlplakat 1970 erwies sich auf Umwegen doch als richtig: Die Richtung stimmte, als 1970 von SPÖ und FPÖ die Wahlrechtsreform beschlossen wurde.*



*Mit Podiumsdiskussionen zwischen Politikern und Journalisten schuf die FPÖ einen neuen offenen Stil bei Wählerversammlungen.*

*Foto: Stefan Amsüss*



*Die durch neue Kräfte verstärkte FPÖ-Nationalratsfraktion stehend Zwischenrufer Albert Schmidt setzte sich gut in Szene. Seit der Nationalratswahl 1971 bestand die freiheitliche Fraktion im Nationalrat dank der Wahlrechtsreform aus 10 Mann: sitzend (v.l.n.r.): Georg Hanreich, Helmut Josseck, Gustav Zeillinger, Friedrich Peter, Othmar Meißl, Otto Scrinzi; stehend (v.l.n.r.): Gerulf Stix, Albert Schmidt, Werner Melter, Tassilo Broesigke.*

*Foto: Fritz Kern*





*Durch die vorverlegte Nationalratswahl 1971 kamen die Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ unter Druck. Sie konnten den Triumph Bruno Kreiskys, der erstmals für die SPÖ die absolute Mehrheit errang, nicht aufhalten.  
Foto: Gerhard Weber*



*Das freiheitliche Aufgebot für die Nationalratswahl 1971 auch Botschafter Dr. Willfried Gredler (2. v.r.) mischte sich unter die FPÖ-Kandidaten konnte zwar die Stellung halten, eine Zunahme an Wählerstimmen aber wurde nicht erreicht.  
Foto: Fritz Kern*



Bei der Wiener Gemeinderatswahl 1974 wurde getestet, wie der politische Kurs der FPÖ in der Ära Kreisky beim Wähler ankommt. Sosehr sich FPÖ-Gemeinderat Erwin Hirschall auch ins Zeug legte, der Test verlief negativ. Die Wiener Freiheitlichen mußten von ihren vier Mandaten eines abgeben.

Fotos: Votava

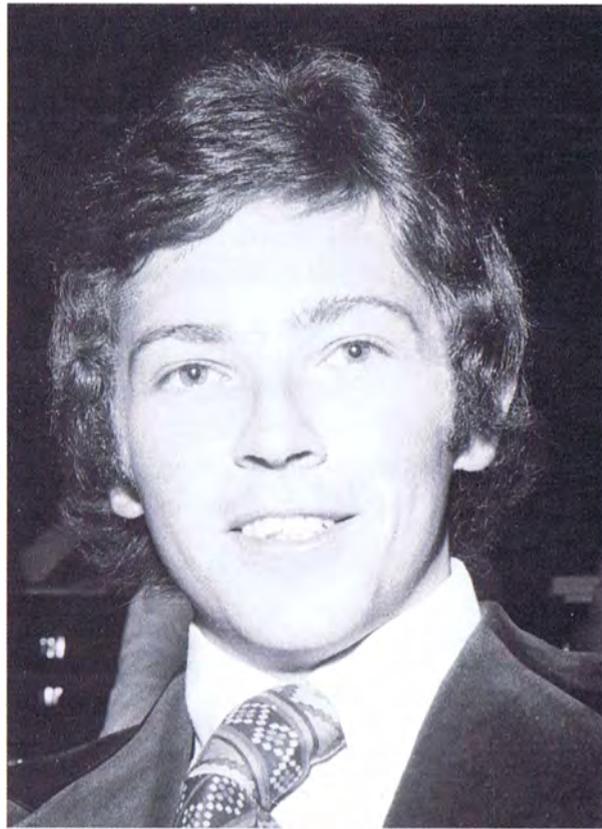


Damals wie heute: Zerfetzte FPÖ-Wahlplakate gaben schon 1971 Zeugnis von der Härte der gegen die Freiheitlichen geführten Kampagnen und der gegen sie entfesselten Emotionen.

Foto: Gerhard Weber

*Als sich erstmals 1974 auf dem 12. ordentlichen Bundesparteitag in Innsbruck die kritische Jugend schon recht deutlich artikulierte, ließ Jörg Haider aufhören: Der damals 24jährige war Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Jugend und wurde mit Sitz und Stimme in den Bundesparteivorstand gewählt.*

*Foto: Murauer*



**FPÖ Die Partei mit Profil**

**Jede Woche in der  
NFZ**

**NEUE FREIE ZEITUNG**

Bestellung unter: Neue Freie Zeitung, 1010 Wien, Rantner Straße 28, Telefon: (0 222) 5294 52-0

*Im Zuge der Parteireformen in den siebziger Jahren wurde die freiheitliche Wochenzeitung in "Neue Freie Zeitung" umbenannt und neu gestaltet.*

*Foto: Bernhard Holzner*

## Durch Führungsdiskussion unter Druck

---

Die in die Nationalratswahl 1975 gesetzten Hoffnungen, die SPÖ werde, ähnlich wie 1970 die ÖVP nach vier Jahren Alleinregierung, ihre absolute Mehrheit einbüßen, erfüllen sich nicht. Die FPÖ und ihr Bundesparteiohmann Friedrich Peter geraten durch eine von Simon Wiesenthal inszenierte Kampagne, bei der es um Peters Dienst in der Waffen-SS geht, unter Druck. Wiesenthal hatte das Material für den Fall gesammelt, daß Peter Vizkanzler wird, machte aber auch dann davon Gebrauch, als die FPÖ die erwartete Regierungsbeteiligung nicht erreichte. Ausgehend von Wiesenthals Kampagne, die keine Schuldbeweise gegen Friedrich Peter zutage bringt, beginnt in der FPÖ eine Jahre andauernde, sehr kontroversiell verlaufende Führungsdiskussion.

### 1975

5. Oktober

Bei der Nationalratswahl, zu der die FPÖ mit dem Wahlprogramm „Alternative 75“ antritt, treten gegenüber der Wahl vor vier Jahren keinerlei Änderungen ein. Demnach wird die Mandatsverteilung von 1971 (93 SPÖ, 80 ÖVP, 10 FPÖ) bestätigt, Bruno Kreisky kann die SPÖ-Absolute halten.

9. Oktober

Nur vier Tage nach der Nationalratswahl startet Simon Wiesenthal seine Kampagne gegen Friedrich Peter wegen dessen Wehrdienst in der 1. SS-Infanteriebrigade, die in Rußland u.a. zur Partisanenbekämpfung eingesetzt war. Weder von Simon Wiesenthal, noch durch umgehend eingeleitete Nachforschungen in Archiven kann Friedrich Peter eine persönliche Schuld nachgewiesen werden.

### 1976

17.-19. September

Gegen Friedrich Peter tritt auf dem 13. ordentlichen Bundesparteitag in Villach eine mehrheitlich von jungen Delegierten gebildete Opposition auf. Auf Peter entfallen bei der Obmannwahl nur 74 Prozent der Stimmen. Er stellt daraufhin fest, daß auf dem nächsten, nach zwei Jahren abzuhaltenden Bundesparteitag der Führungswechsel erfolgen müsse.

## 1977

11. Mai

Abgeordneter Gustav Zeillinger wird neben Robert Weisz (SPÖ) und Franz Bauer (ÖVP) zum Volksanwalt gewählt. Die Gründung der Volksanwaltschaft, welche die FPÖ schon 1963 gefordert hat, wurde am 27. Jänner 1977 im Verfassungsausschuß beschlossen.

28. Juli

Die Führungsdiskussion, in deren Verlauf immer wieder neue Namen möglicher Nachfolger für Friedrich Peter genannt werden, führt zu innerparteilichen Turbulenzen. In einem offiziellen Kommuniqué bedauert das Präsidium der FPÖ, daß eine Führungskrise an die Wand gemalt werde, die „weder sachlich noch personell gerechtfertigt“ sei.



*Der Abschied vom Nationalrat fiel Gustav Zeillinger nicht leicht, als ihn seine Fraktion als freiheitliches Mitglied für die neu geschaffene Einrichtung der Volksanwaltschaft nominierte. Seit 1953 Nationalratsabgeordneter, erwarb sich Zeillinger als ebenso wortgewaltiger wie populärer Volksvertreter den Ehrentitel "Mister Parlament".*

*Foto: Bernhard Holzner*

*Betroffene Gesichter gab es in der Wahlnacht des 5. Oktober 1975 bei Friedrich Peter und Josef Taus. Bruno Kreiskys SPÖ hatte erneut die absolute Mehrheit errungen, FPÖ und ÖVP stagnierten.*

*Foto: Fritz Kern*





Die freiheitliche Nationalratsfraktion blieb nach der Nationalratswahl 1975 in ihrer personellen Zusammensetzung zunächst unverändert. 1977 rückte Friedhelm Frischenschlager (2. Reihe links) für Gustav Zeillinger nach.  
Foto: Fritz Kern

Angelobung der Volksanwälte durch Bundespräsident Rudolf Kirchschläger. Neben Gustav Zeillinger Robert Weisz (SPÖ) und Franz Bauer (ÖVP).  
Foto: Fritz Kern



Schritt für Schritt vollzog sich in der Mitte der siebziger Jahre auf allen Führungsebenen die Generationsablöse: In Salzburg übergab Landesrat Walter Leitner Waldemar Steiner die Führung der Landesgruppe.  
Foto: Gerhard Weber

## Das Jahr mit Alexander Götz

---

Mit dem Führungswechsel von Friedrich Peter zu Alexander Götz - vollzogen auf dem 14. ordentlichen Bundesparteitag in Wien-Oberlaa - tritt in der FPÖ eine Aufschwungphase ein. Die allgemein erhofften eindrucksvollen Wahlerfolge bleiben jedoch aus. Auch die Nationalratswahl 1979 bringt nicht die erwartete Wende. Alexander Götz hatte den bisher deutlich SPÖ-freundlichen Kurs der FPÖ korrigiert und die Brechung der absoluten Mehrheit der SPÖ zu seinem politischen Hauptanliegen gemacht. Dieses Wahlziel wird verfehlt, die FPÖ gewinnt zu ihren 10 Mandaten nur eines dazu, die SPÖ aber baut auf Kosten der ÖVP ihre absolute Mehrheit von 93 auf 95 Mandate sogar weiter aus. Parteiintern verliert Götz nach diesem vergeblichen Ansturm auf die Absolute der SPÖ rasch an Boden. Nach nur rund einem Jahr Amtszeit als Bundesparteiobmann legt er zum Jahresende 1979 diese Funktion zurück.

### 1978

29. Jänner

Bei der Grazer Gemeinderatswahl kann Alexander Götz die Zahl der FPÖ-Mandate von 9 auf 14 steigern, zwei Mandate verliert die ÖVP an die FPÖ, drei Mandate muß die SPÖ an die Freiheitlichen abgeben. Mit diesem Wahlerfolg sichert sich Götz die Wiederwahl zum Grazer Bürgermeister mit Unterstützung der ÖVP (1. März).

23. Februar

Alexander Götz wird vom Bundespartei Vorstand als neuer Bundesparteiobmann vorgeschlagen. Mit der Bemerkung, Bundeskanzler Bruno Kreisky sei „der Papp ins Hirn gestiegen“ (Götz-Interview für die „Salzburger Nachrichten“), distanziert sich Götz deutlich vom bisherigen Kurs der Nähe der FPÖ zu Kreisky.

29. September-1. Oktober

Auf dem 14. ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ in Wien-Oberlaa wird Alexander Götz mit 95,7 Prozent der Stimmen zum neuen Bundesparteiobmann gewählt. Dr. Helmut Krünes wird als FPÖ-Generalsekretär bestätigt.

5. November

Die Volksabstimmung über das Kernkraftwerk Zwentendorf ergibt ein knappes Nein zur Inbetriebnahme (50,4 % Nein- zu 49,53 % Ja-Stimmen). Während sich Bundeskanzler Bruno Kreisky voll für Zwentendorf eingesetzt hatte, unterstützte die FPÖ die Kraftwerksgegner.

## 1979

### 6. Mai

Bei der Nationalratswahl gewinnt die FPÖ zu ihren 10 Mandaten ein elftes hinzu (286.644 Stimmen, 6,06 %). Die SPÖ kann ihre absolute Mehrheit von 93 auf 95 Mandate ausbauen, während die ÖVP unter ihrem Bundesparteiobmann Josef Taus von 80 auf 77 Mandate zurückfällt. Erstmals wird Jörg Haider, seit 1976 Landespartei sekretär der Kärntner FPÖ, in den Nationalrat gewählt.

### 1. Dezember

Nach Rückschlägen bei der Arbeiterkammerwahl (20 statt 29 Mandate) und Stimmenverlusten bei den Landtagswahlen in Kärnten und Oberösterreich verstärkt sich in den FPÖ-Führungsgremien die Opposition gegen Alexander Götz. Die Gegensätze in Führungsfragen werden öffentlich in Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen ausgetragen. Nachdem Schlichtungsversuche scheitern, tritt zuerst Helmut Krünes als Generalsekretär zurück (14. November). Wenig später gibt Götz seinen Rücktritt als Bundesparteiobmann bekannt (1. Dezember).

### 6. Dezember

In einer vom geschäftsführenden Bundesparteiobmann Horst Schender einberufenen Sitzung des Bundespartei vorstands wird der Wiener Landesparteiobmann der FPÖ, Norbert Steger, als Kandidat für die Wahl des neuen Bundesparteiobmanns nominiert.



29. Jänner 1978: Der Tag des Triumphes für Alexander Götz: Bei der Grazer Gemeinderatswahl nahm er der ÖVP zwei, der SPÖ drei Mandate ab: Dieser hohe Wahlerfolg sicherte ihm nicht nur die Wiederwahl als Grazer Bürgermeister, sondern machte ihn auch zum logischen Nachfolger Friedrich Peters in der FPÖ-Obmannschaft.

Foto: Stefan Amsüss



Die Götz-Festwochen setzten in ganz Österreich schon bald nach der Nominierung des Alexander Götz zum neuen Bundesparteiobmann der FPÖ am 23. Februar 1978 ein. Sie hielten das ganze Jahr über an und erreichten auf dem 14. ordentlichen Bundesparteitag in Wien-Oberlaa mit der Obmannwahl, die eine Mehrheit von mehr als 95 Prozent für Götz ergab, den strahlenden Höhepunkt.

Fotos: Peter Philipp, Votava



Zur Volksabstimmung über das Kernkraftwerk Zwentendorf warb die FPÖ mit eigenen Plakaten für ein "Nein". Durch die knappe Nein-Mehrheit, die am Abend des 5. November 1978 feststand, konnte sich die FPÖ bestätigt fühlen.

Foto: NFZ-Archiv



Nur eine Woche nach dem Bundesparteitag in Wien-Oberlaa, der "neuen Schwung" versprach, erlebten die Wiener Freiheitlichen bei der Gemeinderatswahl 1978 eine herbe Enttäuschung. Sie büßten Stimmen ein und blieben von dem Ziel, ihr 1973 verlorengangenes viertes Mandat im Wiener Landtag und Gemeinderat zurückzugewinnen, weit entfernt. Damals hieß der Sieger Erhard Busek (Bildmitte).

Foto: Fritz Kern



Der Rückschlag in Wien bei der Gemeinderatswahl blieb vorerst auf die Vorbereitung zur Nationalratswahl 1979 ohne erkennbare Auswirkungen: Mit dem "Mut zu neuen Wegen" zog Götz in den Wahlkampf.



*In der TV-Diskussion mit Journalisten konnte sich Bundesparteiobmann Alexander Götz blendend in Szene setzen. Sein wirkungsvolles Porträt auf den FPÖ-Wahlplakaten versprach Erfolg in der Sympathiewerbung über die FPÖ-Wählerschaft hinaus.*

*Foto: Votava*



*Das TV-Duell zwischen Bruno Kreisky und Alexander Götz kurz vor dem Wahltag am 6. Mai 1979 erfüllte nicht alle Erwartungen, die man sich von Götz als schneidigem Angreifer erwartet hatte. Am Politroulinier Bruno Kreisky prallten die Attacken ab, ja Götz wurde zeitweise sogar in die Defensive gedrängt.*

*Foto: Fritz Kern*



*Nach geschlagener Nationalratswahl 1979, die der FPÖ-Nationalratsfraktion die Verstärkung durch nur einen Mann, nämlich durch Alexander Götz, brachte, dauerte dessen Karriere als Nationalratsabgeordneter nur wenige Monate bis zu den Sommerferien. Bereits im Herbst legte Götz sein Mandat zurück.*

*Foto: Fritz Kern*



*Trotz persönlichem Götz-Wahleinsatz in Vorarlberg wollte sich der Götz-Effekt auch bei der Vorarlberger Landtagswahl am 21. Oktober 1979 nicht einstellen. Der freiheitliche Stimmenanteil ging von 13,9 auf 12,5 Prozent zurück.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Als Gesprächspartner war Alexander Götz der ÖVP-Landeshauptmann der Steiermark, Josef Krainer sen., weit sympathischer als die SPÖ-Spitzenpolitiker Bruno Kreisky und Heinz Fischer. In den Sozialisten sah er den politischen Gegner, dem er sein "Attackieren statt Arrangieren" entgegenhielt. Verständnis fand er damals für diese heute so geläufige Parole uneingeschränkt nicht einmal in seiner eigenen Partei.*

*Fotos: Stefan Amsüss, Fritz Kern*



- 1958** Einführung des Amtlichen Stimmzettels bei der Nationalratswahl auf Antrag des FPÖ-Abgeordneten Dr. Willfried Gredler.
- 1959** Mit dem Kärntner Minderheitenschutzgesetz wird ein erster Schritt zur Beseitigung des Schulsprachenzwanges in Südkärnten gesetzt. Den Kampf gegen diese 1945 den Kärntnern aufgezwungene verfassungswidrige Regelung des Schulsystems hat der VdU-Abgeordnete Univ.-Prof. Helfried Pfeifer bereits 1951 im Nationalrat eingeleitet. 1988 wird das Kärntner Schulwesen auf der Grundlage des Pädagogenmodells neu geregelt. Den Anstoß dazu gab die FPÖ bereits 1982 durch ihren Antrag im Kärntner Landtag.
- 1960** Internationalisierung des Südtirolproblems, 1957 durch FPÖ-Klubobmann Willfried Gredler von Außenminister Leopold Figl gefordert, 1959 von Außenminister Bruno Kreisky durch Anrufung der UNO in die Tat umgesetzt.
- 1961** Einführung der parlamentarischen Fragestunde auf Antrag des FPÖ-Abgeordneten Dr. Emil van Tongel.
- 1963** Ausführungsgesetze für die Durchführung von Volksbegehren, vom VdU-Rechtsexperten Prof. Dr. Helfried Pfeifer bereits 1952 (!) beantragt.
- 1964** Das Rundfunkvolksbegehren, das 833.318 Wahlberechtigte unterschrieben haben, wird im Nationalrat von der FPÖ nachhaltig unterstützt. Es wird zur Grundlage für die Rundfunkreform, die ÖVP und FPÖ 1966 im Nationalrat beschließen.
- 1965** Einführung der Pensionsdynamik (jährliche Anpassung der Pensionen an die steigenden Lebenshaltungskosten), vom FPÖ-Abgeordneten Wilhelm Kindl bereits 1962 beantragt.
- 1965** Antrag auf Aufhebung der Ruhensbestimmungen im § 94 ASVG (Wilhelm Kindl). Erst 1988 für Beamte und 1990 für ASVG-Pensionisten in Befolgung von Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes vollzogen.
- 1968** Maßnahmen zum Umweltschutz - Reinhaltung von Luft und Gewässern - werden von der FPÖ als erster Partei in ihr Bad-Ischler-Programm aufgenommen. Das erste Umweltschutzkonzept wird 1972 vom FPÖ-Abgeordneten Otto Scrinzi vorgelegt.
- 1970** Die Reform der Nationalratswahlordnung, ein Hauptanliegen des VdU und der FPÖ, wird den Sozialisten von den Freiheitlichen abgerungen. Sie beseitigt die Benachteiligung der kleineren Parteien und schafft die rechtlichen Voraussetzungen dafür, daß sich das Mehrparteiensystem gegen das rot-schwarze Zweiparteiensystem durchsetzen kann.
- 1973** Das Energiekonzept der Freiheitlichen, verfaßt vom FPÖ-Abgeordneten Gerulf Stix, trägt entscheidend dazu bei, daß sich in Österreich ein starkes Problembewußtsein über die Gefahren der Atomenergie entwickelt.
- 1977** Die Volksanwaltschaft, bestehend aus den Volksanwälten Gustav Zeillinger (FPÖ), Robert Weisz (SPÖ) und Franz Bauer (ÖVP), wird konstituiert. Die FPÖ machte bereits 1963 die österreichische Öffentlichkeit mit der Einrichtung des skandinavischen „Ombudsmands“ bekannt, und forderte nach diesem Vorbild auch für Österreich einen Bürgeranwalt.

# Erfolgsbilanz

- 1984** Die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten macht die FPÖ-Regierungsmannschaft in der Zeit der rot-blauen Koalition zu einem zentralen Thema, ohne sich gegen den hinhaltenden Widerstand der SPÖ durchsetzen zu können. Erst 1991 wird eine Neuregelung beschlossen, die sich eng an das von der FPÖ vorgeschlagene Modell anlehnt.
- 1985** Die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf wird von der freiheitlichen Regierungsmannschaft entgegen dem massiven Druck des sozialistischen Koalitionspartners verhindert, der noch knapp vor der Tschernobyl-Katastrophe durch eine Volksabstimmung erzwingen wollte, daß das AKW Zwentendorf in Betrieb geht.
- 1987** Mit ihrem Volksbegehren gegen Privilegien leitet die FPÖ eine breite Aktion zum Abbau von Sonderrechten der Politiker, gegen Privilegien in den Kammern - Fall Rechberger, Fall Zacharias - und in den anderen „geschützten Bereichen“ ein. Zuletzt richtet sich die Hauptstoßrichtung dieser auf Zustimmung stoßenden Aktion gegen den Privilegienschwengel in der Nationalbank.
- 1991** Gegen den Plan, für die Weltausstellung (EXPO) in Wien Milliarden zu verpulvern, machen die Wiener Freiheitlichen mobil. Die breite Ablehnung der von SPÖ und ÖVP gemeinsam in Szene gesetzten EXPO-Pläne kommt bei der Volksbefragung durch das Nein von 64,85 Prozent der Befragten unmißverständlich zum Ausdruck.
- 1993** Das Volksbegehren „Österreich zuerst“ trägt maßgebend zu einem Umdenken in der Ausländerpolitik bei und löst gesetzliche Regelungen zur Eindämmung des lange Zeit unkontrolliert ausufernden Ausländerzustroms aus.
- 1993** Das ORF-Monopol, dem die FPÖ schon 1989 mit einem Volksbegehren den Kampf angesagt hatte, wird vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg als Verstoß gegen Artikel 10 der europäischen Menschenrechtskonvention verurteilt. Der Beschwerde Jörg Haiders und weiterer vier Beschwerdeführer wurde mit diesem Urteil in vollem Umfang recht gegeben.
- 1993** Für die Diskussion über Bundesheerreform und Österreichs Teilnahme an einem kollektiven Sicherheitssystem geben die Freiheitlichen die Richtung an. Sie treten für eine Berufsarmee mit einer starken Freiwilligenmiliz ein und bekennen sich zum Beitritt Österreichs zur NATO.
- 1994** Mit ihrem Reformvorschlag, der für eine Dritte Republik die Weichen stellt, zeigt die FPÖ Ansatzpunkte für die Überwindung erstarrter Strukturen in Staat und Gesellschaft und für die Erneuerung Österreichs auf.
- 1995** Als erste führt die FPÖ in ihren eigenen Reihen Reformen durch, die die Partei für die Entwicklung zu einer Bürgerbewegung öffnet. In ihrem Vertrag mit Österreich legen sich die Freiheitlichen verpflichtend auf ein Erneuerungsprogramm fest, in dem die Mitbestimmung der Bürger zentrales Anliegen ist.

## Verjüngte Führungsspitze, verändertes Profil

Für die Parteibasis einigermaßen überraschend wird vom FPÖ-Bundesparteivorstand noch im Dezember 1979, sechzehn Tage nach dem Götz-Rücktritt, der Wiener Landesparteiohmann Dr. Norbert Steger als neuer Bundesparteiohmann nominiert. Die in der Partei nach wie vor starke Götz-Gefolgschaft stellt Harald Ofner als Gegenkandidaten zu Steger auf. Ofner unterliegt auf einem außerordentlichen Bundesparteitag in Linz beim Abstimmungsergebnis von 44,61 % zu 55,39 % dem Kandidaten des Bundesparteivorstandes, Dr. Norbert Steger. In der Partei vollzieht sich auf allen Führungsebenen eine Verjüngung, Jungparlamentarier wie Jörg Haider, Friedhelm Frischenschlager und Walter Grabher-Meyer treten mit unterschiedlichen Profilierungsversuchen stärker in den Vordergrund. Die im Zuge der Führungsdiskussion aufgetretenen innerparteilichen Spannungen werden durch die Bundespräsidentenwahl 1980 überdeckt, bei der Willfried Gredler als einziger seriöser Gegenkandidat zu Rudolf Kirchschläger antritt und mit 17 Prozent der Stimmen einen bisher von den Freiheitlichen bei Bundeswahlen noch nie erreichten Stimmenanteil verzeichnet.

### 1980

1. Februar

Dr. Alexander Götz gibt im Fernsehen die Nominierung von Dr. Harald Ofner als Kandidat für die Wahl zum Bundesparteiohmann bekannt. Er wird auf dem für 2. März anberaumten außerordentlichen Bundesparteitag gegen Norbert Steger antreten.

2. März

Mit 55,39 Prozent der Stimmen wird Dr. Norbert Steger zum neuen Bundesparteiohmann gewählt. Auf Harald Ofner entfallen 44,61 Prozent der Stimmen.

9. Mai

Abg. Norbert Steger wird zum Vorsitzenden des parlamentarischen AKH-Untersuchungsausschusses gewählt.

18. Mai

Bei der Bundespräsidentenwahl entfallen auf den von der FPÖ unterstützten Präsidentschaftskandidaten Dr. Willfried Gredler 751.399 Stimmen (17 %). Dr. Rudolf Kirchschläger wird mit 79,9 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Die ÖVP hat auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten verzichtet.

18. Juni

Dr. Tassilo Broesigke wird mit 103 von 175 abgegebenen Stimmen vom Nationalrat als Nachfolger Jörg Kandutschs zum Rechnungshofpräsidenten gewählt.

1. Juli

Als Untersuchungsrichterin im Skandal des Wiener Allgemeinen Krankenhauses (AKH) setzt sich Dr. Helene Partik-Pablé gegen Justizminister Christian Broda durch. Die von ihr über Tatverdächtige verhängte Untersuchungshaft, die Broda aufheben lassen wollte, wird vom Wiener Oberlandesgericht bestätigt. Die Untersuchung wird mit ungewohnter Strenge weitergeführt.

20./21. September

Auf dem 15. ordentlichen Bundesparteitag in Linz wird Norbert Steger mit 87,8 Prozent der Stimmen der Delegierten als neuer Bundesparteiobmann der FPÖ bestätigt. Zu seinen Stellvertretern werden gewählt: Horst Schender, Mario Ferrari-Brunnenfeld, Waldemar Steiner, Gerulf Stix und Klara Motter.

5. November

Jörg Haider verweigert im Nationalrat als einziger Abgeordneter einem SPÖ-ÖVP-Antrag zum Privilegienabbau die Zustimmung. Er bezeichnet die Regelung als völlig ungenügend, weil sie u.a. Doppelverdiener ungeschoren läßt. Das im Wahlkampf gegebene Versprechen, die Politikerprivilegien abzubauen, werde nicht eingehalten.

## **1981**

16. Mai

Beim Festakt 25 Jahre FPÖ im Salzburger Kongreßhaus bescheinigt Bundespräsident Rudolf Kirchschläger der FPÖ, daß sie „zur Anziehungskraft und Lebensfähigkeit der österreichischen Demokratie beigetragen“ habe.

## **1982**

17. Februar

Der Nationalrat setzt auf Antrag der FPÖ zur Aufklärung des Skandals der Wohnbaugenossenschaft Ost (WBO) einen Untersuchungsausschuß ein. Zum Ausschußvorsitzenden wird Abg. Holger Bauer gewählt.

3. Juni

Die von Bundesparteiobmann Dr. Norbert Steger in Zusammenarbeit mit Experten gegründete Programmkonferenz „Liberale Marktwirtschaft 90“ legt ihre Arbeitsergebnisse vor; die in zehn wirtschaftspolitischen Thesen zusammengefaßt werden.

26. Juni

Walter Grabher-Meyer, Vorarlberger Nationalratsabgeordneter, wird von der Bundesparteileitung auf Vorschlag Dr. Stegers zum neuen Generalsekretär der FPÖ gewählt.

24.-26. September

Auf dem 16. ordentlichen Bundesparteitag in Salzburg wird die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Vorschlags für die Neufassung des Parteiprogramms der FPÖ beantragt. Jörg Haider wird als Nachfolger Wilhelm Kindls zum Bundessozialreferenten bestellt.

3. Oktober

Bei der Gemeinderatswahl der Stadt Salzburg überholt die „Bürgerliste“, die sieben Mandate erreicht, die FPÖ, die von acht auf sechs Mandate zurückfällt. Dr. Waldemar Steiner, Spitzenkandidat der FPÖ, zieht sich aufgrund des Wahlergebnisses als Kommunalpolitiker und wenig später auch als Landesparteiobmann der Salzburger Freiheitlichen zurück.

16. Dezember

Die FPÖ bringt im Nationalrat einen Antrag zum Privilegienabbau ein, der sich insbesondere gegen Doppelverdiener („arbeitslose Einkommen“) richtet.



*Wechsel an der Spitze des Rechnungshofes: Dr. Tassilo Broesigke wird von Bundespräsident Dr. Kirchschräger als neuer Präsident des Rechnungshofes und Nachfolger Jörg Kandutschs angelobt.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Nach der Nationalratswahl 1979 trat in der freiheitlichen Nationalratsfraktion die stärkste personelle Veränderung seit Bestehen der FPÖ ein: Abschiednehmen hieß es (Bild oben, v.l.n.r.) für Werner Melter, Georg Haureich, Otto Scrinzi, Othmar Meißl und Albert Schmidt. Die "Neuen" (Bild unten) gaben der freiheitlichen Parlamentsmannschaft ein merklich verändertes Profil (v.l.n.r.): Norbert Steger, neben ihm stehend Jörg Haider, Fritz Probst und Holger Bauer.*

*Fotos: Fritz Kern*



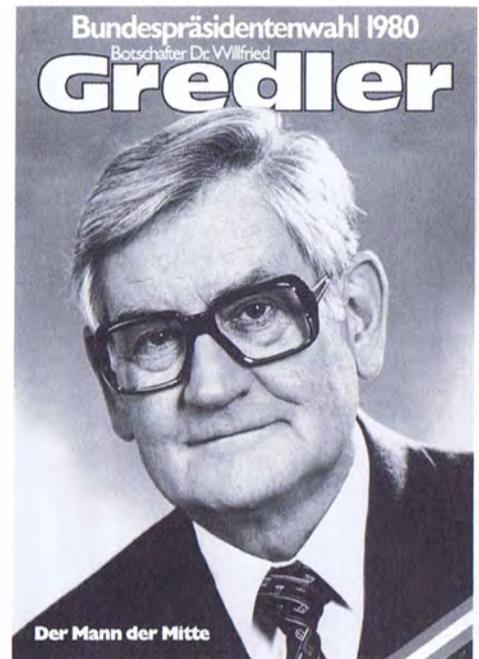
*Den Sessel des Bundesparteiobmanns mußte der von Alexander Götz vorgeschlagene Harald Ofner auf dem außerordentlichen Bundesparteitag Anfang März 1980 in Linz dem Kandidaten des Bundespartei Vorstandes, Norbert Steger, überlassen.*

*Foto: Harrer*



*Horst Schender, geschäftsführender Bundesparteiobmann, brachte nach dem Rücktritt von Alexander Götz den Führungswechsel samt Kampf-abstimmung zwischen Norbert Steger und Harald Ofner geordnet über die Bühne.*

*Foto: Harrer*



### **Warum Dr. Gredler?**

**... weil die Sozialisten schon genug Macht im Staat haben.**

Die SPÖ hat die absolute Mehrheit im Nationalrat. Sie stellt den Bundeskanzler, alle Minister, alle Staatssekretäre und den Nationalratspräsidenten. Ein nicht-sozialistischer Bundespräsident wäre ein wünschenswertes Gleichgewicht.

Dr. Kirchschläger wurde bei der Bundespräsidentenwahl 1974 von der SPÖ nominiert. Er hat sich jetzt wieder als sozialistischer Kandidat aufstellen lassen. Damit ist klar, daß es auch bei dieser Wahl darum geht, ob die Sozialisten einen neuen Wahlkampf ziehen können.

*In einem relativ aufwendigen Wahlkampf trat Willfried Gredler als von den Freiheitlichen nommierter Präsidentschaftskandidat gegen Rudolf Kirchschläger an. Die ÖVP, die auf einen eigenen Kandidaten verzichtet hatte, verweigerte Gredler die Unterstützung.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Für den von ihm engagiert geführten Wahlkampf hatte sich Willfried Gredler als Österreichs Botschafter in Peking freistellen lassen.*

*Foto: Harrer*



*Ein freundschaftlicher Händedruck beendet in der Wahlnacht des 18. Mai 1980 friedlich den "Konkurrenzkampf" zwischen Rudolf Kirchschläger und Willfried Gredler, der mit mehr als 750.000 Stimmen einen Erfolg errungen hatte, der sich sehen lassen konnte.*

*Foto: Vatava*



*Auf dem 15. ordentlichen Bundesparteitag in Linz hatte der "Jungabgeordnete" Jörg Haider bereits ein gewichtiges Wort mitzureden. Die Parole des Parteitages, auf dem Norbert Steger als Bundesparteiobmann bestätigt wurde, ist seither mehrfach als Motto für Veranstaltungen, auf Plakaten und als Politiker-Leibspruch (Bundespräsident Thomas Klestil) wiedergekehrt.*

*Fotos: Bernhard Holzner*



*Das waren noch Zeiten, als ein ORF-Generalintendant (Gerd Bacher) nicht nur Interesse an einem FPÖ-Bundesparteitag bekundete, sondern diesem sogar die Ehre seiner persönlichen Anwesenheit erwies.*

*Foto: Harrer*



*Die einstigen Kontrahenten bei der Obmannwahl, Norbert Steger und Harald Ofner, fanden sehr rasch wieder zusammen.*

*Foto: Bernhard Holzner*



Durch Beiziehung von Experten (Georg Mautner Markhof rechts neben Norbert Steger) sollte die FPÖ unter Obmann Steger glaubwürdige wirtschaftliche Kompetenz gewinnen. Unter der Sammelbezeichnung "Liberaler Marktwirtschaft 90" wurde eine Reihe von Konzepten erarbeitet.  
Foto: Bernhard Holzner



Auf dem 16. ordentlichen Bundesparteitag in Salzburg zeigte die FPÖ ein Bild der Geschlossenheit und Konsolidierung.  
Foto: Schaffer



Zur Jubiläumsfeier "25 Jahre FPÖ" in Salzburg war Bundespräsident Rudolf Kirchschläger erschienen und hielt eine in anerkennenden Worten gehaltene Begrüßungsrede.  
Foto: NFZ-Archiv



Alte Freundschaft rostet nicht: Harald Ofner und Alexander Götz, der seine Distanz zu seinem Nachfolger Norbert Steger nie verleugnete.  
Foto: G. Schnabl

## Die FPÖ als Regierungspartei

Obwohl die FPÖ bei der Nationalratswahl 1983 Stimmen verliert und sogar knapp unter der Fünf-Prozent-Grenze bleibt, erreicht sie mit viel Wahlg Glück 12 statt bisher 11 Mandate. Damit liegt sie als von Bruno Kreisky fest in Aussicht genommener Regierungspartner der SPÖ, die ihre absolute Mehrheit verloren hat, gut im Rennen. Den drei FPÖ-Ministern - Norbert Steger, Harald Ofner, Friedhelm Frischenschlager - und den drei FPÖ-Staatssekretären gelingt die Profilierung in ihren Regierungsämtern nur teilweise, zumal die SPÖ eifersüchtig darauf achtet, daß den Freiheitlichen nicht zuviel Profilierungsmöglichkeiten geboten werden. Die rot-blaue Regierung unter ihrem wenig attraktiven Chef Fred Sinowatz gerät durch die Affäre um den aus italienischer Kriegsgefangenschaft entlassenen Major Walter Reder, durch Streitereien um das Kernkraftwerk Zwentendorf und um das geplante Donaukraftwerk Hainburg in Schwierigkeiten. Dazu kommt im Herbst 1985 die Milliardenpleite der verstaatlichten Industrie. Im freiheitlichen Parteivolk findet die Regierungsmannschaft nicht die erwünschte Resonanz, Umfrageergebnisse signalisieren im Sommer 1986 schwere Einbußen in der Wählerschaft.

### 1983

24. April

Trotz Verlust von 40.000 Stimmen gewinnt die FPÖ bei der Nationalratswahl, begünstigt durch die Wahlarithmetik, zu ihren 11 Mandaten ein zwölftes dazu. Die SPÖ verliert die absolute Mehrheit und geht von 95 auf 90 Mandate zurück, während die ÖVP vier Mandate zulegen kann (81 statt 77). Bundeskanzler Kreisky kündigt seinen Rücktritt an.

11. Mai

SPÖ und FPÖ einigen sich bereits 17 Tage nach der Nationalratswahl über ein Arbeitsübereinkommen. Hauptpunkte sind die Sanierung des Staatshaushalts, die Reform der Sozialversicherung, der Privilegienabbau noch 1983, die Verschärfung der Strafen für Korruption.

24. Mai

Die Regierung Sinowatz-Steger wird von Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger angelobt. In der rot-blauen Koalitionsregierung stellt die FPÖ mit Dr. Norbert Steger den Vizekanzler und Minister für Handel, Gewerbe und Industrie, mit Dr. Harald Ofner den Justizminister und mit Dr. Friedhelm Frischenschlager den Verteidigungsminister. FPÖ-Staatssekretäre: Mario Ferrari-Brunnenfeld (Umwelt, Gesundheit); Dkfm. Holger Bauer (Finanzen); Gerulf Murer (Landwirtschaft). Mit Dr. Gerulf Stix stellt die FPÖ den Dritten Präsidenten des Nationalrats (am 19. Mai mit den Stimmen von 133 Abgeordneten gewählt).

9. Juni

Jörg Haider wird als neuer Kärntner Landesrat der Freiheitlichen angelobt. Er legt sein Nationalratsmandat unter Verzicht auf die ihm zustehende Abfertigung zurück.

30. Juni

Als neuer von der FPÖ gestellter Volksanwalt wird Hellmuth Josseck angelobt. Er löst in diesem Amt Gustav Zeillinger ab.

15. September

Zur Budgetsanierung beschließt die Regierung Sinowatz-Steger ein Belastungspaket. Die FPÖ-Regierungsmannschaft stimmt der Einführung der Zinsertragssteuer, welche die Freiheitlichen im Wahlkampf vehement abgelehnt haben, zu. Es gelingt den Freiheitlichen jedoch, den von den Sozialisten geforderten Steuersatz von 20 Prozent auf 7,5 Prozent herunterzudrücken.

25. September

Jörg Haider wird auf dem Landesparteitag der Kärntner Freiheitlichen in Treibach-Althofen zum neuen Landesparteiobmann gewählt.

7. Dezember

Der Bundespartei Vorstand beschließt einstimmig die Einsetzung einer „Antiprivilegienkommission“ unter dem Vorsitz Jörg Haiders.

## **1984**

12. Februar

Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager läßt die Präsenzdienster im Wiener Karl Marx-Hof angeloben. 1983 fand die Angelobung im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen statt.

25. März

Bei der Landtagswahl in Salzburg verliert die FPÖ eines ihrer fünf Landtagsmandate und damit den Sitz in der Landesregierung.

8./9. April

Bei den Arbeiterkammerwahlen fällt die FPÖ von 20 auf 13 Mandate zurück.

5. Juli

Über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf kommt es zu offenen Meinungsverschiedenheiten zwischen SPÖ- und FPÖ-Regierungsmitgliedern. Bautenminister Karl Sekanina kritisiert die Weigerung Stegers, der Inbetriebnahme zuzustimmen. Dieses Nein sei Stegers „persönliches Problem“.

15./16. September

Auf dem 17. ordentlichen Bundesparteitag in Salzburg stellt Bundesparteiohmann Norbert Steger sein Referat über die Regierungsarbeit unter das Motto „Von der dritten zur treibenden Kraft“. Friedrich Peter kündigt für das erste Quartal 1986 die Zurücklegung seines Nationalratsmandats und damit seinen Rücktritt als Klubobmann an.

30. September

Bei der Landtagswahl in Kärnten ist die FPÖ unter Jörg Haider die einzige Gewinnerin. Mit 16 Prozent der Stimmen gewinnen die Freiheitlichen zu ihren vier Mandaten ein fünftes dazu.

19. Oktober

Die Grün-Alternativen unter Kaspanaze Simma erringen bei der Vorarlberger Landtagswahl vier Mandate und überholen die Freiheitlichen, die auf drei Mandate zurückfallen. ÖVP-Generalsekretär Michael Graff meint zu diesem Ergebnis: „Grün frißt Blau.“

4. Dezember

Mit seiner Aufforderung an die Landeshauptleute, das Offenhalten der Geschäfte am 8. Dezember zu ermöglichen, stößt Vizekanzler Norbert Steger auf das starre Nein des Sozialministers Alfred Dallinger. Dieser setzt in der Regierung den Beschluß durch, daß gegen den Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer Verfassungsklage erhoben wird, weil er das Offenhalten der Geschäfte zulassen will. Vizekanzler Norbert Steger stimmt im Ministerrat der Verfassungsklage gegen Haslauer zu.

18. Dezember

Nach Tumulten in der Hainburger Au zwischen Demonstranten und der Polizei bei Beginn der Schlägerungsarbeiten bekräftigt das Parteipräsidium der FPÖ sein Ja zum Bau des Donaukraftwerks. Der Ausbau der Wasserkraft müsse Vorrang haben. Der Beschluß stößt parteiintern auf Widerspruch. Jörg Haider fordert das Ausscheiden der FPÖ aus der Regierung.

## **1985**

24. Jänner

Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager begrüßt den nach 40 Jahren aus italienischer Kriegsgefangenschaft entlassenen Major Walter Reder mit Handschlag. Daraufhin stellt die ÖVP in einer Sondersitzung des Nationalrats am 1. Februar einen Mißtrauensantrag gegen Frischenschlager, der mit 98 : 80 Stimmen abgelehnt wird. Vorher hatte es in der SPÖ Stimmen gegeben (Verkehrsminister Ferdinand Lacina!), die das sofortige Ende der rot-blauen Koalition forderten.

21. März

Bei der Abstimmung über den Antrag der SPÖ auf Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf verweigert die FPÖ-Nationalratsfraktion ihre Zustimmung. Beim Abstimmungsergebnis 91 : 90 verfehlt der Antrag die für seine Annahme erforderliche Zweidrittelmehrheit.

1./2. Juni

In Salzburg wird auf einem Programmparteitag das in zweijähriger Arbeit erstellte neue Parteiprogramm der FPÖ unter Berücksichtigung von mehr als 1.000 Abänderungswünschen beschlossen.

6. Oktober

Bei den Landtagswahlen in Oberösterreich fällt die FPÖ von vier auf drei Landtagsmandate zurück.

6. Dezember

Milliardenverluste der verstaatlichten Betriebe (der gesamte Vorstand der VOEST trat am 26. November nach Bekanntwerden des Milliardenesasters zurück) beschäftigen den Nationalrat in einer Sondersitzung. Der FPÖ-Bundespartei Vorstand erarbeitet ein 12-Punkte-Programm zur Sanierung, das im Jänner 1986 auf 31 Punkte erweitert wird.



*Fernsehkonfrontation vor der Nationalratswahl 1983: Norbert Steger kontra Alois Mock.*

*Am 24. April 1983, dem Tag der Nationalratswahl, wurde auch der Wiener Landtag und Gemeinderat neu gewählt. Die TV-Diskussion wurde von Leopold Gratz, Erwin Hirnschall und Erhard Busek bestritten. Diskussionsleiter war Peter Rabl.*

*Fotos: Bernhard Holzner*





*Interviews der Spitzenkandidaten Bruno Kreisky, Alois Mock und Norbert Steger zum Wahlergebnis vom 24. April 1983.  
Foto: Bernhard Holzner*



*Schon wenige Wochen nach der Nationalratswahl stand die neue Regierungsmannschaft: Die FPÖ stellte mit Harald Ofner (3. v.l.) den Justizminister, mit Norbert Steger den Vizekanzler und Minister für Handel, Gewerbe und Industrie, sowie mit Friedhelm Frischenschlager den Verteidigungsminister. Rechts Staatssekretär Gerulf Murer, links die Staatssekretäre Mario Ferrari-Brunnenfeld und Holger Bauer.*

*Foto: Bernhard Holzner*



*Bundeskanzler Fred Sinowatz stellte die rot-blaue Koalitionsregierung dem Nationalrat mit der Regierungserklärung vor.*

*Foto: Volava*



*Die erste Pressekonferenz der Regierung SinowatzSteger im Bundeskanzleramt.*

*Foto: Bernhard Holzner*



*Feierliche Angelobung der zahlenmäßig beachtlich starken rot-blauen Koalitionsregierung durch Bundespräsident Kirchschräger.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*“Vieraugengespräch” zwischen Fred Sinowatz und Friedrich Peter, der in den Verhandlungen über die Regierungsbildung federführend war.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Das freiheitliche Neujahrstreffen 1984 stand ganz im Zeichen der neuen Rolle der FPÖ als Regierungspartei.*



*Wechsel in der Volksanwaltschaft: Bundespräsident Rudolf Kirschschräger gelobt Helmut Josseck (FPÖ), Franziska Fast (SPÖ) und Franz Bauer (ÖVP, bereits seit 1977) als Volksanwälte an.*



*Mit dem Kärntner Alois Huber zieht im Oktober 1984 ein Bauer in die FPÖ-Nationalratsfraktion ein, der sich als ebenso zäher wie erfolgreicher Kämpfer für bäuerliche Standesinteressen erweist.*

*Fotos: Bernhard Holzner*



*Das neue Parteiprogramm der FPÖ, das die Handschrift des früheren Dritten Präsidenten des Nationalrats, Gerulf Six, trägt, wurde auf einem außerordentlichen Bundesparteitag in Salzburg am 2. Juni 1995 beschlossen.*

*Ein erster Schatten fiel auf die Regierung SinowatzSteger durch die drohende Pleite der Steyr-Werke. Deren damaliger Generaldirektor Hans Michael Malzacher bekam von Bundeskanzler Fred Sinowatz beim Werksbesuch der Regierung nicht nur freundliche Worte zu hören.*



*1986 durch katastrophal schlechte Umfrageergebnisse alarmiert, versuchte die Parteiführung unter Norbert Steger mit der Aktion "Offensive 86" doch noch das Steuer herumzureißen.*

*Fotos: Bernhard Holzner*

# Die Wirtschaft wächst Die Sicherheit steigt Die Umweltpolitik greift



*Mit griffigen Parolen versuchten die FPÖ-Regierungsmannschaft und die Parteispitze, 1986 noch einmal Optimismus unters Volk zu bringen, der Versuch blieb jedoch in der freiheitlichen Wählerschaft ohne Resonanz.*

*Er sah gut aus, blieb aber infolge Altersschwäche oft stecken: Die Werbeaktion mit dem "Blauen Bus" kam 1986 aber nicht nur wegen technischer Gebrechen kaum voran.*

*Fotos: Bernhard Holzner*



## Aufbruch unter Jörg Haider's Führung

Während die Vertrauensbasis der FPÖ-Regierungsmannschaft in der freiheitlichen Wählerschaft bedenklich schrumpft, kann Jörg Haider, der mit der Arbeit in der Regierung nicht einverstanden ist, in Kärnten als einziger freiheitlicher Landespolitiker Erfolge erzielen. In der FPÖ verstärkt sich die innerparteiliche Opposition, die zielbewußt auf einen Führungswechsel beim Bundesparteitag im Herbst 1986 in Innsbruck hinarbeitet. Jörg Haider wird zum Hoffnungsträger der Anti-Steger-Opposition und siegt schließlich in Innsbruck ebenso eindeutig wie spektakulär bei der Wahl des neuen Bundesparteiochmanns über Norbert Steger (57,7 % gegenüber 39,2 %). Nach Haider's Wahl bricht Bundeskanzler Franz Vranitzky den Koalitionsrakt mit der FPÖ. Damit kann er den Siegeslauf Jörg Haider's aber nicht aufhalten, der nur wenige Wochen nach seiner Wahl zum Bundesparteiochmann am 28. November 1986 einen ersten sensationellen freiheitlichen Wahlerfolg erzielt, die freiheitliche Wählerzahl nahezu verdoppelt und die Mandatszahl von 12 auf 18 aufstockt. Seither führt der Weg von Wahlerfolg zu Wahlerfolg steil aufwärts. In weiten Bereichen der Innenpolitik übernimmt die FPÖ, obwohl Oppositionspartei, die Themenführerschaft, so in der Diskussion über Neutralität und Staatsvertrag, über Landesverteidigung und Fragen der Sicherheit, insbesondere aber in der Ausländerpolitik zur Eindämmung des unkontrolliert ausufernden Ausländerzustroms.

### 1986

22. April

Die Neubesetzung der Führung des Nationalratsklubs und des Postens des Verteidigungsministers durch den Bundesparteivorstand führt zu schweren innerparteilichen Differenzen. Entgegen der einmütigen Forderung der FPÖ Oberösterreich, Abg. Norbert Gugerbauer als Klubochmann zu nominieren, setzt Bundesparteiochmann Norbert Steger die Wahl Friedhelm Frischenschlagers zum Klubochmann durch. Völlig überraschend beruft er Dipl.-Ing. Helmut Krünes zum Nachfolger Frischenschlagers als Verteidigungsminister. Für die FPÖ Kärnten gibt Jörg Haider bekannt, die Landesgruppe fühle sich durch die Personalentscheidungen übergegangen, und kündigt daher der Bundespartei die Zusammenarbeit auf.

20./21. Mai

Auf einem außerordentlichen Landesparteitag der FPÖ Kärnten stellt Jörg Haider im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen ihm und Bundesparteiochmann Norbert Steger die Vertrauensfrage. 96,12 Prozent der Delegierten sprechen Haider das Vertrauen aus. Haider-Kritiker Mario Ferrari-Brunnenfeld kommt nur auf 48,29 Prozent der Stimmen, womit er als Landesparteiochmannstellvertreter abgewählt wird.

13./14. September

Auf dem 18. ordentlichen Bundesparteitag in Innsbruck siegt Jörg Haider bei der Wahl des Bundesparteiochtmanns klar über Norbert Steger. Für Haider stimmen 263 Delegierte (57,7 %), für Norbert Steger 179 (39,2 %). Nach dieser Entscheidung wird Abg. Walter Grabher-Meyer von Dr. Norbert Gugerbauer als Generalsekretär abgelöst.

15. September

Entgegen der klaren Bestimmung des Arbeitsübereinkommens zwischen SPÖ und FPÖ, daß die Koalition nur im gegenseitigen Einvernehmen beendet werden kann, kündigt Bundeskanzler Franz Vranitzky das Regierungsbündnis mit der FPÖ einseitig auf. Jörg Haider bewertet Vranitzkys Entscheidung als Vertragsbruch.

18. Oktober

In der Linzer Europa-Halle startet die FPÖ ihren Wahlkampf zu der auf 23. November vorverlegten Nationalratswahl. In dem zum Bersten vollen Saal wird Dr. Jörg Haider stürmisch bejubelt. In ganz Österreich verzeichnen die Kundgebungen mit Jörg Haider Rekordzahlen an Besuchern. Meinungsumfragen signalisieren, daß die FPÖ, deren Umfragewerte im Juni 1986 auf weniger als vier Prozent abgesunken waren, merklich aufholt.

23. November

Das Ergebnis der Nationalratswahl bestätigt einen alle Erwartungen weit übertreffenden Aufschwung der FPÖ. In den wenigen Wochen, die seit seiner Wahl zum Bundesparteiochtmann zur Verfügung standen, gelingt es Jörg Haider, neue Wählerschichten für die FPÖ zu gewinnen. Zu ihren 1983 errungenen 12 Mandaten gewinnt die FPÖ sechs hinzu, die Zahl der freiheitlichen Wählerstimmen steigt auf 472.180 (9,73 %), was gegenüber 1983 nahezu eine Verdoppelung ihres Stimmenanteils von damals 4,98 % bedeutet. Die SPÖ stürzt von 90 auf 80 Mandate ab, die ÖVP von 81 auf 77. Erstmals ziehen die Grünen mit acht Abgeordneten in den Nationalrat ein.

## **1987**

3. Juli

Das von der FPÖ veranstaltete Volksbegehren gegen Privilegien erreicht 251.461 Unterschriften.

4. Oktober

Bei der Landtagswahl im Burgenland erreicht die FPÖ, die seit 1977 im Landtag nicht mehr vertreten war und früher nie mehr als einen Landtagsabgeordneten stellte, drei Mandate.

8. November

Bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien vervierfacht die FPÖ die Zahl ihrer Mandate von zwei auf acht, ihre Mandate in den Bezirksvertretungen nehmen von 30 auf 92 zu, erstmals erringt die FPÖ einen Sitz im Wiener Stadtsenat (Stadtrat) und einen Sitz im Bundesrat.

## 1988

24. Juni

Dr. Heide Schmidt löst Dr. Norbert Gugerbauer im Generalsekretariat der FPÖ ab. Zweiter Generalsekretär wird Abg. Mathias Reichhold.

1./2. Oktober

Auf dem 19. ordentlichen Bundesparteitag in Villach wird die „Villacher Deklaration“ als politisches Aktionsprogramm beschlossen.

12. Oktober

Die FPÖ erreicht bei der Landtagswahl in Niederösterreich den Einzug in den Landtag, was den Freiheitlichen und auch dem Verband der Unabhängigen nie gelungen ist: Mit 88.586 Stimmen (9,4 Prozent) erreicht die FPÖ fünf Mandate.

## 1989

12. März

Bei den Landtagswahlen in Kärnten, Tirol und Salzburg setzt die FPÖ mit starken Gewinnen von Stimmen und Mandaten neue politische Maßstäbe. In Kärnten erreicht die FPÖ 11 Mandate (bisher 5) und zwei Sitze in der Landesregierung. Sie verweist die ÖVP auf den dritten Platz. In Tirol steigt die Mandatszahl der FPÖ von zwei auf fünf, in Salzburg von vier auf sechs, der 1983 verlorengegangene Sitz in der Landesregierung wird zurückerobert. Aus den drei Bundesländern entsendet die FPÖ je einen Vertreter in den Bundesrat, sodaß die FPÖ mit den Bundesräten aus Wien und Niederösterreich insgesamt fünf Bundesräte stellt.

30. Mai

Jörg Haider wird vom Kärntner Landtag mit den Stimmen der FPÖ und der ÖVP zum Landeshauptmann gewählt.

12. Juni

Bei den Arbeiterkammerwahlen vervielfacht die FPÖ die Zahl ihrer Mandate von 13 auf 63.

1. Juli

In der Volksanwaltschaft löst Horst Schender Hellmuth Josseck ab, der nach sechsjähriger Tätigkeit als Volksanwalt in Pension geht.

24. September

Bei der Innsbrucker Gemeinderatswahl baut die FPÖ ihre auf ein Mandat geschrumpfte Position mit dem Zugewinn von vier Mandaten wieder neu auf.

8. Oktober

In Vorarlberg gelingt es der FPÖ, ihre Mandatszahl von drei auf sechs zu verdoppeln. Die Grünen, die bei der Landtagswahl 1984 die Freiheitlichen überholt hatten, werden von vier auf zwei Mandate halbiert.

4. Dezember

Das von der FPÖ initiierte Volksbegehren gegen das ORF-Monopol erreicht 109.389 Unterschriften.

## **1990**

25. März

Bei den Gemeinderatswahlen in Niederösterreich steigert die FPÖ die Zahl ihrer Mandate von 68 auf 362, in der Steiermark von 184 auf 465.

1. April

Bei den Gemeinderatswahlen in Vorarlberg erreicht die FPÖ 157 Mandate, um 40 Mehr als 1985.

25. April

Der FPÖ gelingt auch bei den Handelskammerwahlen ein großer Erfolg. Sie überholt mit 14,7 Prozent der Stimmen und 1.192 Mandaten (bisher 451) den Freien Wirtschaftsverband der SPÖ.

18.-20. Mai

Auf dem 20. ordentlichen Bundesparteitag in Feldkirch wird das Wahlprogramm „Blaue Markierungen“ beschlossen.

7. Oktober

Das Ergebnis der Nationalratswahl wird für die FPÖ zum Meilenstein auf dem Weg zur Mittelpartei. Die Freiheitlichen erreichen 33 Mandate gegenüber 18 im Jahr 1986. Die 782.610 FPÖ-Stimmen entsprechen einem Stimmenanteil von 18 Prozent. Hauptverliererin ist die ÖVP, die von 77 auf 60 Mandate abstürzt, die SPÖ kommt wie bisher auf 80 Mandate, die Grünalternativen erreichen 10 Mandate.

2. Dezember

Die Bundesparteileitung wählt die Abgeordneten Walter Meischberger und Mathias Reichhold zu neuen Generalsekretären der FPÖ. Als Bundesgeschäftsführer wird Gernot Rumpold bestellt.

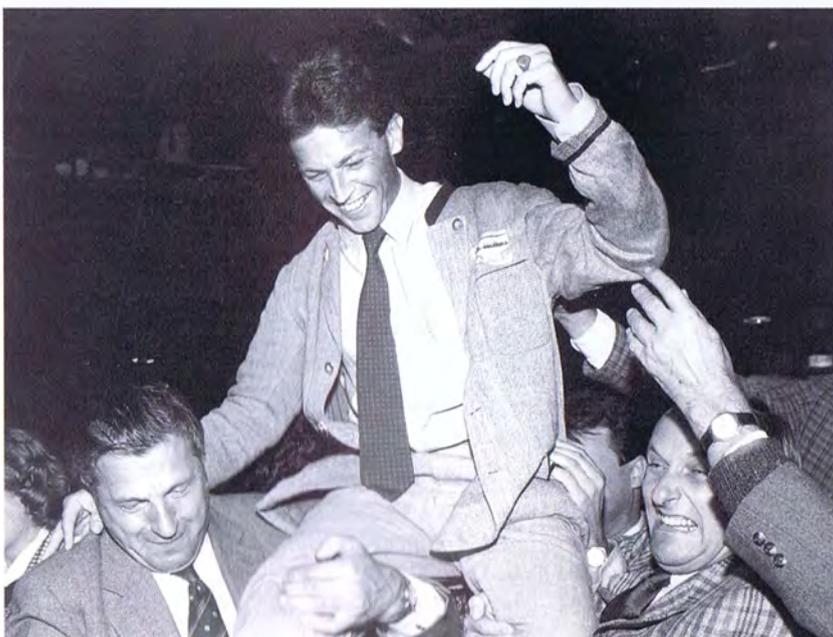


*Der 18. ordentliche Bundesparteitag 1986 in Innsbruck brachte den großen Umschwung, die Abwahl Norbert Stegers und die Wahl Jörg Haiders zum Bundesparteiobmann der Freiheitlichen.*

*Am Rande des Innsbrucker Parteitags wurden in einer Ausstellung die 18 seit der Gründung der FPÖ im Zeitraum von 30 Jahren stattgefundenen Bundesparteitage dokumentiert.*



*Jubel um Jörg Haider nach seinem historischen Sieg bei der Obmannwahl: Mit 57,7 : 39,2 Prozent der Stimmen der Delegierten entthronte er den amtierenden Bundesparteiobmann und Vizekanzler Dr. Norbert Steger.  
Fotos: Bernhard Holzner*





*Durch die Vorverlegung der Nationalratswahl auf den 23. November 1986 sollte die FPÖ nach ihrem Führungswechsel überrumpelt werden. Die wenigen Wochen, die dann für den Wahlkampf noch zur Verfügung standen, wurden jedoch zu einem einzigen Siegeszug für Jörg Haider: In der überfüllten Linzer Europahalle startete er seinen Wahlkampf.*



*Jörg Haiders Antrittsbesuch bei Bundespräsident Kurt Waldheim nach seiner Wahl zum Bundesparteiobmann der FPÖ.*



*Überfüllte Wahlkundgebungen mit Jörg Haider auch in Wien, wo das "Pflaster" für FPÖ-Veranstaltungen immer besonders hart war.*

*Fotos: Bernhard Holzner*



*Aufbruch Jörg Haider's auch in allen Bundesländern: In Niederösterreich, wo es seit 1945 nie Freiheitliche im Landtag gab, erringt die FPÖ die Vertretung in Landtag und Landesregierung, im Bundesrat, wo es gleichfalls keine Abgeordneten der FPÖ gab, bilden die Freiheitlichen eine aus 11 Mitgliedern bestehende Fraktion, in Wien, Kärnten und Vorarlberg wird die FPÖ zweitstärkste Kraft, alle Bundesländer erreichen bei Landtags- und Nationalratswahlen zweistellige Prozentzahlen, Kärnten mit sensationellen 33,9 Prozent an der Spitze, wo Jörg Haider 1989 die Position des Landeshauptmanns erringt.*

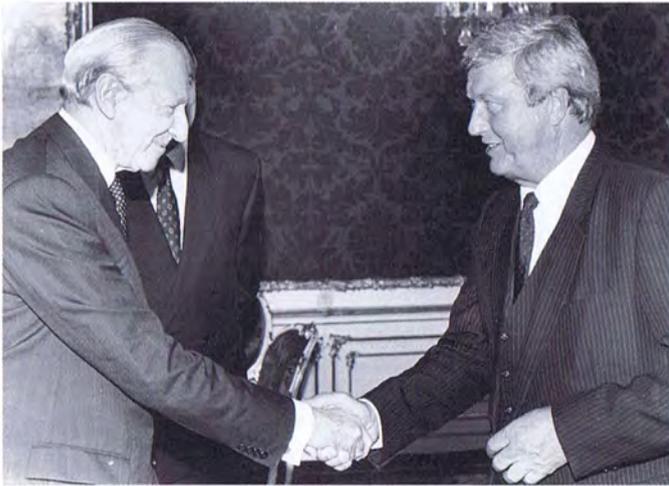
*Fotos: Bernhard Holzner (3), NFZ-Archiv*



Mit ihrem zentralen Anliegen, Österreich zu erneuern, tritt die FPÖ als Reformkraft auf: Haider 1988 auf dem 18. ordentlichen Bundesparteitag in Villach.  
Foto: Bernhard Holzner



Bei wichtigen Anlässen stets an Haiders Seite: die Gattin Claudia.  
Foto: Bernhard Holzner.



Nach Auslaufen der Amtszeit Helmut Jossecks wird Horst Schender 1989 als neuer von den Freiheitlichen gestellter Volksanwalt von Bundespräsident Kurt Waldheim angelobt.  
Foto: Bernhard Holzner.



Traditionspflege kommt bei den Freiheitlichen nie zu kurz: VdU-Gründer Herbert Kraus (2. v.l.), Viktor Reimann und Gustav Zeillinger bei der Feier "40 Jahre VdU" im Wiener Palais Auersperg.  
Foto: Stefan Andruska



Der 20. ordentliche Bundesparteitag in Feldkirch bereitete den Wahlkampf für die Nationalratswahl 1990 vor.

Foto: Bernhard Holzner



Wahlplakate zur Nationalratswahl 1990: Mit dem Ergebnis von 33 Mandaten hatte die FPÖ den Durchbruch zur Mittelpartei geschafft.

Foto: Bernhard Holzner



Das Burgenland feiert: Auch hier, wo die Freiheitlichen früher höchstens einen Abgeordneten hatten, sind sie jetzt unter Dr. Wolfgang Rauter mit vier Abgeordneten fest im Landtag verankert, darüber hinaus stellt das Burgenland einen Nationalratsabgeordneten (Karl Schweitzer).

Foto: NFZ-Archiv



Auf ihrem 20. Landesparteitag bereitete sich die FPÖ-Wien auf die Landtags- und Gemeinderatswahl 1991 vor, die die Freiheitlichen in der Bundeshauptstadt zur zweitstärksten politischen Kraft machten.

Foto: Bernhard Holzner.

## Durchbruch zur Mittelpartei

Die Wahlerfolge der FPÖ unter Jörg Haider bringen völlig neue Dimensionen in die österreichische Politik. Blieb es früher bei Wahlen in den Landtagen bei eher geringfügigen Verschiebungen im politischen Kräfteverhältnis, führen die Freiheitlichen jetzt erdrutschartige Veränderungen herbei. So insbesondere in Wien, wo die Freiheitlichen die ÖVP überholen und ihre acht Sitze im Gemeinderat auf 23 verdreifachen. Die Erfolge der FPÖ alarmieren ihre politischen Gegner, die in Kärnten den Sturz Jörg Haiders als Landeshauptmann erzwingen. Der Aufstieg der FPÖ zur Mittelpartei aber bleibt ungebrochen. Bei der Bundespräsidentenwahl 1992 erzielt Heide Schmidt als FPÖ-Präsidentschaftskandidatin einen Achtungserfolg. Auch ihr Absprung von der FPÖ im Februar 1993, zusammen mit vier weiteren Überläufern aus der Nationalratsfraktion, kann die FPÖ nicht schwächen, wie alle nachfolgenden Wahlgänge eindrucksvoll beweisen.

### 1991

10. März

Die Freiheitlichen steigern bei den Gemeinderatswahlen in Kärnten ihre Mandatszahlen von 274 auf 524.

7. April

In der Wiener Hofburg feiern die Freiheitlichen das Jubiläum 35 Jahre FPÖ. Die Festrede hält Jörg Haider, das Grußwort der Jugend überbringt Abg. Herbert Scheibner, durch die Veranstaltung führt Botschafter a.D. Dr. Willfried Gredler.

16. Mai

Das Nein zur Abhaltung der Weltausstellung (EXPO) 1995 in Wien, das allein von den Wiener Freiheitlichen vertreten wurde, wird durch das Ergebnis einer Volksbefragung, zu der gleichfalls die Wiener Freiheitlichen den Anstoß gegeben haben, eindrucksvoll bestätigt: Gegen die EXPO stimmen 64,85 % der Befragten, dafür nur 36,15 %.

21. Juni

Eine aus dem Zusammenhang gerissene Äußerung Jörg Haiders zur Beschäftigungspolitik im Dritten Reich löst eine Kampagne aus, in der sich Bundesregierung, Nationalrat und Medien in der Diffamierung Haiders gegenseitig übertreffen. SPÖ und ÖVP sprechen Haider im Kärntner Landtag das Mißtrauen aus und führen seinen Sturz herbei. Neuer Landeshauptmann wird Christof Zernatto, der sich durch den Bruch des Arbeitsübereinkommens mit der FPÖ die Unterstützung der SPÖ sicherte.

23. Juni

Bei der Landtagswahl im Burgenland stockt die FPÖ ihre Mandatszahl von drei auf vier auf. Die SPÖ verfehlt ihr Wahlziel, die absolute Mehrheit zurückzuerobern.

22. September

Der steile Aufwärtstrend für die FPÖ wird bei der Landtagswahl in der Steiermark eindrucksvoll bestätigt. Die FPÖ übertrifft das Wahlziel, ihre Mandatszahl zu verdoppeln, mit dem Gewinn von neun Mandaten (bisher zwei) turmhoch, sie erreicht 117.485 Stimmen (15,37 %) sowie je einen Sitz in der Landesregierung und im Bundesrat. Die ÖVP verliert die absolute Mehrheit.

6. Oktober

Auch in Oberösterreich vervielfacht die FPÖ bei der Landtagswahl die Zahl ihrer Mandate von drei auf elf (140.302 Stimmen, 17,7 %). Sie erhält einen Sitz in der Landesregierung, ein zweiter wird ihr unter umstrittener Auslegung der Landesverfassung vorenthalten, und zwei Sitze im Bundesrat. Die ÖVP verliert auch in Oberösterreich die absolute Mehrheit. Bei den gleichzeitig abgehaltenen Gemeinderatswahlen erzielt die FPÖ 1.204 Mandate (bisher 514).

7. Oktober

Als neuen Generalsekretär nominiert der FPÖ-Bundesparteivorstand Dr. Karl Schnell, der Mathias Reichhold ablöst.

10. November

Die Freiheitlichen erzielen bei den Wiener Landtags-, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen einen neuen Höhepunkt in der langen Reihe ihrer großen Wahlerfolge: Sie steigen mit dem Gewinn von 23 Mandaten (bisher 8) zur zweitstärksten Partei in der Bundeshauptstadt auf und überholen die ÖVP, die von 30 auf 18 Mandate zurückfällt. Die SPÖ verliert ihre absolute Mehrheit an Stimmen, behält sie aber dank der Wahlarithmetik mit 52 Sitzen (bisher 62) im Gemeinderat. In den Bezirken erreicht die FPÖ 216 Mandate (bisher 92). Sie stellt drei Stadträte, den Dritten Landtagspräsidenten, den Vizepräsidenten des Stadtschulrates, 13 Bezirksvorsteherstellvertreter und drei Bundesräte.

26./27. November

Bei den Bundespersonalvertretungswahlen steigert die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher Personalvertreter (AUF) die Mandatszahl von zwei auf 12. Die größten Erfolge werden bei der Exekutive erzielt, wo jeder Dritte freiheitlich wählte.

**1992**

4. März

In einer erweiterten Sitzung der Bundesparteileitung werden parteiinterne Differenzen bereinigt, die u.a. zum Rückzug Georg Mautner Markhofs als Bundesparteiohmannstellvertreter

und Nationalratsabgeordneter geführt haben. Es wird beschlossen, die Werbekampagne für die Präsidentschaftskandidatin Heide Schmidt mit uneingeschränkter Unterstützung durch Jörg Haider weiter zu führen. Jörg Haider übernimmt als Klubobmann die Führung der FPÖ-Nationalratsfraktion, der bisherige Klubobmann Dr. Norbert Gugerbauer kündigt seinen Rücktritt von allen Parteifunktionen an.

26. April

Im ersten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl entfallen 40,7 Prozent auf Rudolf Streicher, 37,2 Prozent auf Thomas Klestil, 16,4 Prozent auf Heide Schmidt und 5,7 Prozent auf Robert Jungk. Den zweiten Wahlgang (24. Mai) kann Thomas Klestil dank der Unterstützung durch die freiheitlichen Wähler mit 56,85 Prozent der Stimmen klar für sich entscheiden.

16./17. Mai

Auf dem 21. ordentlichen Bundesparteitag in Badgastein wird Herbert Scheibner auf Vorschlag Jörg Haiders zum FPÖ-Generalsekretär für die Jugend bestellt.

23. Juni

Nach zwölfjähriger Amtstätigkeit verabschiedet sich Dr. Tassilo Broesigke als Präsident des Rechnungshofes. Mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ wird der bisherige Vizepräsident des Rechnungshofes, Franz Fiedler, vom Nationalrat zum Nachfolger Broesigkes in das Präsidentenamt gewählt.

23. November

Nach der Weigerung der Koalitionsparteien, die Ausländerfrage auf der Grundlage des 12-Punkte-Programms der FPÖ in einem Sonderausschuß des Nationalrats zu diskutieren, bringt die FPÖ das Volksbegehren „Österreich zuerst“ ein. Dieser Beschluß wurde in einer Sitzung der Bundesparteileitung in Salzburg gefaßt. Die einzige Gegenstimme kam von Heide Schmidt.

## **1993**

24. Jänner

Die Gemeinderatswahlen in Graz werden für die Freiheitlichen zu einem großen Erfolg. Mit der Steigerung ihres Stimmenanteils auf 20,3 Prozent erringen sie 12 Mandate (bisher 7), während ÖVP und SPÖ je vier Mandate einbüßen.

1. Februar

Trotz einer seit Wochen andauernden Gegenpropaganda seitens der Koalitionsparteien, der Medien und der Kirche erreicht das Volksbegehren „Österreich zuerst“ 417.278 Unterschriften. Wie nie zuvor in Österreich wurde zur Behinderung des Volksbegehrens massiver Druck ausgeübt, man schreckte nicht davor zurück, die Bürger durch massive Einschüchterung vom Unterschreiben des Volksbegehrens abzuhalten.

4. Februar

Die Dritte Nationalratspräsidentin Heide Schmidt tritt zusammen mit vier weiteren Abgeordneten aus der FPÖ-Nationalratsfraktion aus. Die fünf Abgesprungenen begründen ihren Schritt mit der Behauptung, die FPÖ habe sich unter Jörg Haider in entscheidenden Fragen von ihren Grundsätzen wegbewegt. Jörg Haider fordert die Ausgetretenen auf, ihre Abgeordnetenmandate zurückzulegen.

19. Februar

Trotz Vorliegens einander widersprechender Rechtsgutachten entscheidet Nationalratspräsident Heinz Fischer, den fünf aus der FPÖ ausgetretenen Abgeordneten Klubstatus zuzuerkennen. Sie konstituieren sich als „Liberales Forum“. In der Stadt Salzburg, wo es unter ähnlichen Umständen zu einer Spaltung der dortigen SPÖ-Gemeinderatsfraktion gekommen war, wird den Dissidenten kein Klubstatus gewährt.

8. Mai

Im World-Trade-Center des Flughafens Wien-Schwechat erarbeitet ein außerordentlicher Bundesparteitag ein Grundsatzpapier zur Europapolitik der FPÖ. Die Erklärung fordert detaillierte Maßnahmen zu einer optimalen innerstaatlichen Vorbereitung Österreichs auf einen allfälligen Beitritt zur EU.

16. Mai

Das Ergebnis der Landtagswahl in Niederösterreich bestätigt, daß durch die Abspaltung des Liberalen Forums kein Bruch in der freiheitlichen Wählerschaft eingetreten ist. Die Freiheitlichen erhöhen ihre Mandatszahl von fünf auf sieben und erreichen mit dem Einzug in die Landesregierung ihr Wahlziel. Das Liberale Forum schafft mit drei Mandaten den Einzug in den Landtag. Die ÖVP verliert drei ihrer 29 Mandate und die absolute Mehrheit, die SPÖ geht von 22 auf 20 Mandate zurück.

8. Juli

Der Bundesparteivorstand beschließt den Austritt der FPÖ aus der „Liberalen Internationale“. Ausgelöst wurde dieser Schritt durch andauernde Angriffe und Diffamierungen, denen die FPÖ von seiten einiger liberaler Parteien, angeführt von den holländischen Liberalen, ausgesetzt war. Zuletzt wurde gegen die FPÖ ein Antrag auf Ausschluß gestellt.

19. August

In der Vorstandsklausur der Freiheitlichen in Telfs wird Mag. Karl-Heinz Grasser zum dritten Generalsekretär der FPÖ bestellt.

27. Oktober

Jörg Haider definiert in der Klubklausur auf Burg Schlaining die Dritte Republik als Ziel der FPÖ: Österreich soll offener und demokratischer sein, Parteienfilz und Mißwirtschaft sollen ausgeschaltet, Kammerzwang und harte politische Strukturen sollen aufgelöst, echte Bürgermitbestimmung soll ermöglicht werden.

2. November

Der Bundesparteivorstand beschließt in Ergänzung des Parteiprogramms 19 Thesen, die die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Heimat und Demokratie klar definieren.

29. November

Jörg Haider präsentiert sein Buch „Freiheit, die ich meine“. Es faßt die Ziele der FPÖ als Kraft der Erneuerung in einem Plädoyer für die Dritte Republik zusammen.

7. Dezember

Für jeden entscheidenden Hinweis, der zur Aufklärung der Briefbombenattentate und zur Ergreifung der Täter führt, setzt die FPÖ eine Ergreiferprämie von 600.000 Schilling aus. Jörg Haider distanziert sich von den Terroranschlägen und weist die Beschuldigung schärfstens zurück, er habe zu radikalen Tendenzen beigetragen.

17. Dezember

Der Verfassungsgerichtshof verneint zur Beschwerde der FPÖ gegen die Klubbildung der fünf aus der FPÖ-Fraktion ausgetretenen Abgeordneten seine Zuständigkeit.



*Mit ihrer EU-kritischen Haltung übernahmen die Freiheitlichen die Themenführerschaft in einer realistischen Europapolitik: Der Europaparteitag am 8. Mai 1993 in Wien Schwechat (Bild) stellte die Weichen.*

*Foto: Bernhard Holzner*



*Zwischenbilanz einer zur Mittelpartei angewachsenen Freiheitlichen Partei auf dem 21. ordentlichen Bundesparteitag 1992 in Badgastein: Vor zwei Jahren, 1990, errang die FPÖ 33 Nationalratsmandate, 1994, zwei Jahre später, zogen 42 freiheitliche Abgeordnete in den Nationalrat ein.*

*Foto: Bernhard Holzner*

*Der alljährlich zum Faschingsausklang veranstaltete Rieder Aschermittwoch, wo Jörg Haider als Redner mit einem Feuerwerk von Pointen brilliert, lockt Hunderte Besucher an.*

*Foto: NFZ-Archiv*



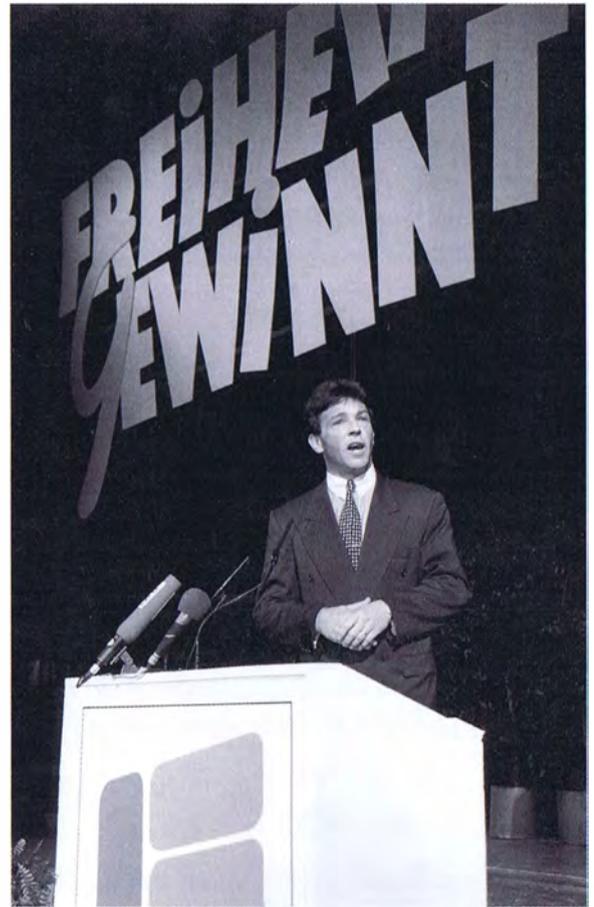
*Durch die Gründung eines neuen Dachverbands für die freiheitlichen Arbeitnehmerorganisationen unter dem Obmann Sigisbert Dolinschek trägt die FPÖ der Tatsache Rechnung, daß sie zur Partei mit dem höchsten Anteil von Stimmen aus der Arbeiterschaft geworden ist.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Erster Wahlgang der Bundespräsidentenwahl 1992: 37,02 % für Thomas Klestil, 16,4 % für Heide Schmidt, 40,7 % für Rudolf Streicher, 5,7 % für Robert Jungk. Thomas Klestils überlegener Sieg im zweiten Wahlgang 56,85 % kam eindeutig durch die freiheitlichen Wähler zustande, die Klestil und nicht Streicher wählten.*

*Foto: Bernhard Holzner*



*Mit Zuversicht in ein neues freiheitliches Erfolgsgjahr: Haider beim Neujahrstreffen 1992 in Wien-Oberlaa.*

*Foto: Bernhard Holzner*



*Haider-Plakate entpuppen sich von Wahl zu Wahl als Erfolgsgarantie für Österreichs Freiheitliche.*

*Foto: NFZ-Archiv*

## Von der Partei zur Bürgerbewegung

1994 wird zum Jahr der größten freiheitlichen Wahlerfolge, die freiheitlichen Wählerstimmen überschreiten bei der Nationalratswahl am 9. Oktober 1994 erstmals die Millionengrenze. Freiheitliche Rekordergebnisse werden auch bei den Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg erzielt. Laut Meinungsumfragen liegt die FPÖ zum Jahresende 1994 vor der ÖVP auf Platz zwei. Kurz nach dem Wahlerfolg startet die FPÖ ihr großes Reformprojekt, das die Partei in eine Bürgerbewegung umwandelt. 45 Arbeitskreise erarbeiten ein umfassendes Erneuerungsprogramm, das im „Vertrag mit Österreich“ zusammengefaßt wird. Weil die große Koalition am Budget scheitert und die ÖVP hofft, unter ihrem neuen Obmann Wolfgang Schüssel die SPÖ zu überholen und wieder auf Platz eins vorzurücken, werden die Wähler nach nur einem Jahr wieder zu den Urnen gerufen. Die SPÖ gewinnt die Wahl mit der Angst, die ÖVP bleibt auf Platz zwei, die Oppositionsparteien erleiden einen Rückschlag. Die Freiheitlichen halten ihre Position als Mittelpartei mit mehr als einer Million Wählern. Verluste in Ostösterreich werden durch Gewinne in Westösterreich nicht voll aufgewogen. Das bedeutet den Verlust von zwei Nationalratsmandaten.

### 1994

#### 13. März

Landtagswahlen in drei Bundesländern bestätigen erneut den weiteren Aufwärtstrend der FPÖ. In Kärnten holt die FPÖ auf 13 Mandate auf (bisher 11), der Vorsprung der SPÖ (14 Mandate statt bisher 17) schmilzt auf ein Mandat zusammen, die ÖVP legt trotz Landeshauptmannbonus (Christof Zernatto) nur ein Mandat zu (9 statt 8). In Salzburg erringt die FPÖ mit 8 Mandaten (bisher 6) einen zweiten Sitz in der Landesregierung, die ÖVP verliert ihre Mehrheit in der Regierung. In Tirol erhöht die FPÖ ihre Mandatszahl von 5 auf 6. Die ÖVP verliert die absolute Mehrheit an Stimmen, kann sie aber dank dem Wahlrecht in der Zahl der Mandate halten.

#### 8. April

Ein Sonderparteitag der FPÖ in Villach berät die Haltung der Freiheitlichen zur Frage des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union (EU). Nach eingehender Diskussion und Gastreferaten von Außenminister Alois Mock und Europastaatssekretärin Brigitte Ederer empfiehlt der Parteitag den FPÖ-Fraktionen in Nationalrat und Bundesrat, mit Nein zu stimmen.

#### 20. April

In Kärnten bricht Christof Zernatto die Vereinbarung mit der FPÖ, die ihm die Wiederwahl zum Landeshauptmann gesichert hätte. Nach Verhandlungen mit der SPÖ, die der ÖVP weitgehende Zugeständnisse macht, legt sich die SPÖ-ÖVP-Mehrheit auf die Wiederwahl Zernattos fest. Erst nach sieben vergeblichen Anläufen, bei denen die FPÖ die Wahl blockierte, wird Christof Zernatto auf Antrag der SPÖ zum Landeshauptmann gewählt (7. Juni).

12. Juni

Die Volksabstimmung über Österreichs Beitritt zur EU ergibt eine Mehrheit von 66,58 Prozent für den Beitritt. Jörg Haider tritt der Behauptung entgegen, das Ergebnis sei eine Bestätigung der großen Koalition. Die FPÖ bleibe Anwalt der EU-Skeptiker.

17.-19. Juni

Auf dem 22. ordentlichen Bundesparteitag im Linzer Design-Center wird zum Ergebnis der EU-Volksabstimmung bekräftigt, daß sich die FPÖ als Anwalt der Bürger versteht, die bei der Volksabstimmung mit „Nein“ gestimmt haben. Trotz Kritik an FPÖ-Politikern, die sich für den EU-Beitritt ausgesprochen haben, wird betont, daß in der FPÖ sowohl Gegner als auch Befürworter der EU ihren Platz haben.

15. September

Die Freiheitlichen überholen bei der Vorarlberger Landtagswahl die SPÖ. Sie erringen sieben Mandate (früher sechs), die SPÖ fällt von acht auf sechs Mandate zurück. Die ÖVP sinkt im Stimmenanteil unter die 50-Prozent-Grenze ab, hält jedoch ihre absolute Mandatsmehrheit im Landtag. Die Grünen bleiben mit nur zwei Mandaten abgeschlagen, das Liberale Forum (3,49 %) schafft den Einzug in den Landtag nicht.

2./3. Oktober

Bei den Arbeiterkammerwahlen baut die FPÖ ihre Position von 63 auf 116 Mandate aus. Trotz schwerer SP-Verluste spricht Arbeiterkammerpräsident Heinz Vogler von einem „ganz, ganz großartigen Erfolg“ der Sozialdemokraten.

9. Oktober

Mit dem Nationalratswahlergebnis erreicht die FPÖ einen neuen Höhepunkt ihrer seit Jahren andauernden Erfolgsserie: Bei einem Anteil von 22,5 % kommt sie auf 1,042.332 Wählerstimmen und 42 Nationalratsmandate. Beide Regierungsparteien erleiden einen wahren Absturz in der Wählergunst, die SPÖ mit einem Rekordverlust von 15 Mandaten, die ÖVP büßt acht Mandate ein. Die Grünen legen zu, das Liberale Forum zieht mit 11 Mandaten in den Nationalrat ein. Das Endergebnis: 65 SPÖ, 52 ÖVP, 42 FPÖ, 13 Grüne, 11 Liberales Forum.

12. Oktober

In Kärnten wird Mathias Reichhold, der in den Nationalrat zurückkehrt, von Karl-Heinz Grasser als Landeshauptmannstellvertreter abgelöst.

7. November

In der konstituierenden Sitzung des neugewählten Nationalrats wird Herbert Haupt bereits im ersten Wahlgang mit 91 Stimmen zum Dritten Präsidenten des Nationalrats gewählt.

19. November

Einer der Gründungsväter der FPÖ, Dr. Willfried Gredler, stirbt im 78. Lebensjahr nach langer, schwerer Krankheit. Führende Vertreter aus allen politischen Lagern, so die früheren Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger und Kurt Waldheim, der eine Gedenkrede hält, nehmen an Gredlers Beerdigung teil.

22. Dezember

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts OGM liegt die FPÖ erstmals in der Wählergunst vor der ÖVP auf Platz zwei: Demnach fiel die ÖVP seit der Nationalratswahl von 27,7 auf 24 Prozent, während die FPÖ von 22,6 auf 25 Prozent zulegte.

## 1995

14. Jänner

Auf dem außerordentlichen Bundesparteitag im Linzer Design-Center wird die unmittelbar nach der Nationalratswahl projektierte große Parteireform beschlossen. Die Freiheitliche Partei wird in die Bürgerbewegung „Bündnis Bürger 98“ umgewandelt. Die freiheitlichen Funktionäre und Mandatäre unterschreiben die im „Vertrag für Österreich“ fixierte Begrenzung ihres Einkommens mit 60.000 Schilling monatlich. Darüber hinaus wird ein in 47 Punkte gegliedertes Sparprogramm als Alternative zum Sparpaket der Koalitionsregierung beschlossen. Im Zuge der Reform wird das „Freiheitliche Bildungswerk“ neu strukturiert und in „Freiheitliche Akademie“ umbenannt.

4.-6. Februar

In der Nähe des burgenländischen Oberwart fallen vier Roma einem Bombenattentat zum Opfer. Zwei Tage später wird in Stinatz der 29jährige Erich Preisler, Neffe eines freiheitlichen Landtagsabgeordneten, bei einer Bombenexplosion schwer verletzt. Jörg Haider verurteilt die Anschläge und fordert ein entschiedeneres Vorgehen gegen jegliche Art von Gewalt in Österreich.

9. Februar

Während Abg. Holger Bauer im Nationalrat einen Attentatsversuch gegen Jörg Haider schildert, ruft die SP-Abgeordnete Ilse Mertel dazwischen: „Wäre eine Möglichkeit.“ Erst 11 Tage später entschuldigt sich Mertel bei Haider, nachdem sie die von den Freiheitlichen an sie gerichteten Rücktrittsaufforderungen mehrfach brüsk zurückgewiesen hatte.

3. März

Die Freiheitlichen liegen mit 26 Prozent deutlich vor der ÖVP, die auf den Tiefstand von 22 Prozent abgesackt ist. Das geht aus einer Meinungsumfrage des IMAS-Instituts hervor, die den im Dezember 1994 vom OGM-Institut ermittelten Trend bestätigt.

#### 19. März

Bei den Gemeinderatswahlen in Niederösterreich erhöht die FPÖ die Zahl ihrer Gemeinderatsmandate von 366 auf 677. In der Steiermark stockt die FPÖ ihren Mandatsstand bei der Gemeinderatswahl am 26. März von 465 auf 691 auf.

#### 29. März

Die Wirtschaftskammerwahlen bringen dem Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender zum Teil erdrutschartige Erfolge. Der RFW erhöht seinen Stimmenanteil in Wien von 15,3 auf 22,8 %, in Niederösterreich von 5,2 auf 12,8 %, im Burgenland von 3,5 auf 18,9 %, in Tirol von 13,1 auf 16,8 %, in Oberösterreich von 22,4 auf 25,8 %. In Salzburg und Kärnten, wo Vergleichszahlen fehlen, erreicht der RFW 23,8 bzw. 35,4 Prozent. In Kärnten büßt der Österreichische Wirtschaftsverband der ÖVP sogar seine absolute Mehrheit ein.

#### 19. April

Im niederösterreichischen Ebergassing sprengen sich die der linken Anarcho-Szene angehörenden Täter Gregor Thaler und Peter Konicek beim Versuch, den Strommast einer 380-kV-Leitung zu sprengen und so die Stromversorgung Wiens weitgehend lahmzulegen, selbst in die Luft. Die FPÖ deckt auf, daß Innenminister Caspar Einem in der Zeit, in der er Bewährungshelfer war, Kontakte zu Gregor Thaler hatte. Einem's Verbindungen zur linksradikalen Szene gehen auch aus seinen zweimaligen Spenden für das zur Gewalt aufrufende „TATblatt“ hervor, die er selbst zugegeben hat. Die Freiheitlichen bringen unter Hinweis auf diesen Sachverhalt am 5. Mai im Nationalrat einen Mißtrauensantrag gegen Innenminister Einem ein. Bereits am 2. Mai hatte die Wiener Sicherheitswache Einem's Rücktritt gefordert. Am 12. Mai schließt sich auch der Zentralausschuß der Sicherheitswache der Rücktrittsforderung an Einem an.

#### 8. Mai

In Vorarlberg stellen die Freiheitlichen aufgrund der Ergebnisse der Gemeinderatswahlen sechs Bürgermeister. In mehr als 200 Gemeinden wurden von den Freiheitlichen Mandate erreicht.

#### 30. Juni

Im Wiener Palais Ferstel starten die Freiheitlichen ihr großes Erneuerungsprogramm in Form eines „Vertrags mit Österreich“. In der Auftaktveranstaltung referieren die Leiter der acht Hauptarbeitskreise. In diesen Hauptarbeitskreisen sind 45 Arbeitskreise zusammengefaßt, in denen das Reformprogramm von 20 bis 25 Experten pro Arbeitskreis erarbeitet werden soll. Das Reformkonzept soll dann von allen freiheitlichen Mandataren unterschrieben werden.

#### 14. Juli

Als „Spitzenreiter“ erweisen sich die freiheitlichen Nationalratsabgeordneten in der Bilanz des parlamentarischen Arbeitsjahres 1994/95: In insgesamt 48 Nationalratssitzungen stell-

ten sie 14 Dringliche Anfragen, die vier anderen Fraktionen nur neun. 639 Anfragen der freiheitlichen Abgeordneten stehen 1.235 der vier anderen Fraktionen gegenüber. Mit 49 Wortmeldungen steht Jörg Haider an zweiter Stelle der Liste der Redner im Nationalratsplenium. Alle fünf Sondersitzungen des Nationalrats wurden von den Freiheitlichen beantragt.

### 13. Oktober

Wegen des Scheiterns der Koalitionsregierung an der Erstellung des Staatshaushaltes für 1996 entschuldigt sich Jörg Haider in der Parlamentssitzung, in der der Nationalrat seine Auflösung beschließt, „für diese Regierung“: Sie hinterlasse ein riesiges Leistungsbilanzdefizit, eine Insolvenzwellen, die allein in diesem Jahr 30.000 Arbeitsplätze gekostet hat, eine ständig steigende Arbeitslosigkeit und ein Pensionsdebakel.

### 5. November

In der Klagenfurter Messehalle erklärt Jörg Haider vor Tausenden Besuchern der Kundgebung der Freiheitlichen zum Wahlkampfauftritt: „Ich bin bereit, die Führung in diesem Land zu übernehmen und die Verantwortung zu tragen. Wenn ihr wollt, dann erneuern wir gemeinsam Österreich.“ Haider fügt hinzu, er gehe davon aus, daß sich Rot und Schwarz über die Fortführung der großen Koalition nach der Wahl bereits geeinigt haben.

### 17. November

In feierlicher Form unterzeichnen die freiheitlichen Abgeordneten im Nationalrat den „Vertrag mit Österreich“. In 20 Punkten faßt der Vertrag die Reformen zusammen, zu denen sich die Freiheitlichen bekennen: Mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Kontrolle, Beseitigung aller Privilegien, Verkleinerung der Regierung auf sieben Ministerien, Sicherung aller erarbeiteten Pensionsansprüche, Vorrang für Sicherheit, Sicherung des Gesundheitswesens, Verstärkung des Umweltschutzes, Sicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich.

### 17. Dezember

Die Ergebnisse der Nationalratswahl bestätigen die FPÖ als Mittelpartei mit mehr als einer Million Wähler: Die Wählerzahl 1.060.175 übertrifft die bei der Nationalratswahl 1994 erzielte (1.042.332), der prozentmäßige Anteil der Freiheitlichen an den insgesamt abgegebenen Stimmen geht jedoch geringfügig von 22,50 auf 21,89 Prozent zurück. In den westlichen Bundesländern setzt sich der Aufwärtstrend der Freiheitlichen ungebrochen fort, so steigt der Freiheitliche Stimmenanteil im Land Salzburg von 23,9 auf 25,72 %, in Tirol von 22,06 auf 27,30 %, und in Vorarlberg von 23,55 auf 27,97 %. Diese Gewinne reichen jedoch nicht ganz aus, um Stimmeneinbußen insbesondere in Niederösterreich und Wien auszugleichen, sodaß die Freiheitlichen von ihren 42 Mandaten zwei abgeben müssen. Die SPÖ hat mit ihrer Angst-mache, die insbesondere die Pensionisten verunsicherte, Erfolg: Sie kann sechs Mandate zulegen, die ÖVP, die wieder Nummer eins werden wollte, gewinnt nur ein Mandat dazu. Die Grünen verlieren am meisten (9 statt 13 Mandate), das Liberale Forum baut gleichfalls ab (10 statt 11 Mandate). Der Rückgang im oppositionellen Stimmenkapital bewirkt zugunsten von SPÖ und ÖVP die Wiedergewinnung der Zweidrittelmehrheit, die die rot-schwarze Koalition 1994 verloren hatte.

17. Dezember

Die am selben Tag wie die Nationalratswahl abgehaltene Landtagswahl in der Steiermark bedeutet das Aus für Landeshauptmann Josef Krainer: Durch seinen Rücktritt zieht er die Konsequenz aus der schweren ÖVP-Niederlage (21 statt bisher 26 Mandate). Die Sozialisten halten ihre 21 Mandate, die Freiheitlichen gewinnen zu ihren 9 Landtagssitzen einen zehnten dazu. Grüne und Liberales Forum ziehen mit je zwei Abgeordneten in den steirischen Landtag ein.

20. Dezember

Die Rede Jörg Haiders am Rande des Ulrichsbergtreffens in Krumpendorf (Kärnten) vor Kriegsteilnehmern und ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS wird Monate später zum Anlaß einer aus durchsichtigen Gründen inszenierten Kampagne genommen, um die Freiheitlichen als mögliche Regierungspartner der ÖVP zu diskreditieren. Jörg Haider erwidert auf die Angriffe in den Medien, es habe von ihm kein wie immer geartetes Lob für die Waffen-SS gegeben. Er habe sich aber immer dagegen gewehrt, daß man die Kriegsgeneration pauschal als Verbrecher qualifiziert. In der Broschüre „Protokoll einer Vernaderung“ widerlegt der Freiheitliche Pressedienst auf der Grundlage von Dokumenten die Angriffe gegen Haider.

29. Dezember

In seinem Neujahrswort für 1996 würdigt Jörg Haider dieses besondere Jahr für die Freiheitlichen, weil sie im Frühjahr das 40. Bestandsjubiläum feiern. Auch im vierzigsten Bestandsjahr sei es das Ziel der Freiheitlichen, Österreich zu einer modernen Bürgerdemokratie ohne politischen Zwang und Bevormundung zu machen.

## 1996

15. Jänner

In der konstituierenden Sitzung des neugewählten Nationalrats wird Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Brauneder zum Dritten Präsidenten des Nationalrats gewählt. Der vom FPÖ-Nationalratsklub für die Wahl zum Dritten Nationalratspräsidenten nominierte Mag. Herbert Haupt zieht seine Kandidatur zurück, nachdem er im ersten Wahlgang nur 47 Stimmen erhalten hatte, Prof. Brauneder jedoch 48. Die ÖVP hatte sich zur Wahl eines Freiheitlichen bekannt, zieht aber Brauneder Haupt vor, gegen den sie Vorbehalte konstruiert. Die SPÖ, die Grünen und das Liberale Forum wollten die Wahl eines Freiheitlichen zum Dritten Präsidenten verhindern, setzten sich jedoch mit der Absicht, die durch demokratische Wahlen klar entschiedenen Mehrheitsverhältnisse zu ignorieren, nicht durch.

30. Jänner

In einer auf Antrag der Freiheitlichen einberufenen Sondersitzung des Nationalrats bringt die freiheitliche Nationalratsfraktion mehr als 20 Entschließungsanträge ein, mit denen Maßnahmen für ein „Bündnis für Arbeit“ getroffen werden sollen. Durch Zusammenarbeit von Regierung, Sozialpartnern und Parteien soll dieses „Bündnis für Arbeit“ entstehen.

14. März

Im Nationalrat prangert der Klubobmann der Freiheitlichen Jörg Haider die Regierungserklärung des Kabinetts Vranitzky-Schüssel als einen „Friedhof von Schlagworten“ und als „Feuerwerk der Unverbindlichkeit“ an. Das Regierungsbündnis zwischen SPÖ und ÖVP bezeichnet sich als „Sanierungscoalition“, seit 1986 aber sei zur Sanierung nichts geschehen. Vranitzky sei ein Verwalter, aber kein Gestalter der Zukunft Österreichs. Zum wichtigen Kapitel Arbeitsplatzpolitik produziere die Regierungserklärung gigantische Leerformeln. Es werde keinerlei Abbau der Bürokratie durchgeführt, stattdessen feierten die Privilegienritter in Nationalbank und Sozialversicherungsanstalten fröhliche Urständ. Bundeskanzler Vranitzky spiele die Rolle des Barons Münchhausen, was Haider aufgrund der vielen Wahlversprechen belegte, die Vranitzky jetzt alle nicht einhalte. Die ÖVP aber sei zum Zopf dieses Münchhausens geworden: „Sie ist die Perücke am schmucklosen Haupt der Sozialdemokratie, sie spielt bei all jenen Dingen mit, die die heimische Wirtschaft belasten und letztlich dazu beitragen, daß Österreich in eine nicht geordnete Zukunft geht.“ Im Gegensatz zur Ideenlosigkeit der Regierungsparteien werde die FPÖ als Anwalt der Bürger alles unternehmen, dieses Land in eine bessere Zukunft zu führen.



*Der 22. ordentliche Bundesparteitag der FPÖ in Linz am 18. Juni 1994 bekräftigt nach der EU-Volksabstimmung die Rolle der FPÖ als Anwalt der EU-kritischen Bürger.*

*Foto: Bernhard Holzner*



Mit dem Volksbegehren "Österreich zuerst", gegen das eine beispiellose gegnerische Kampagne entfesselt wurde, setzte die FPÖ Maßstäbe für eine verantwortungsbewußte Ausländerpolitik  
Foto: NFZ-Archiv



In den Bundesländern laufen die Vorbereitungen zu den Landtagswahlen an. Der 13. März 1994 wird zu einem weiteren Meilenstein in der großen freiheitlichen Erfolgsserie: In Kärnten, Salzburg und Tirol legt die FPÖ weiter an Stimmen und Mandaten zu.  
Fotos: NFZ-Archiv





Von einem ihrer Mitbegründer, dem langjährigen freiheitlichen Klubobmann und erfolgreichen Diplomaten Dr. Willfried Gredler, mußte die FPÖ im November 1994 Abschied nehmen.  
Foto: NFZ-Archiv



Nach dem großartigen freiheitlichen Erfolg bei der Kärntner Landtagswahl kam es dank abstoßender Politpackelei zwischen Rot und Schwarz zu einer Neuaufgabe des ÖVP-Landeshauptmanns Christof Zernatto, die bei den Freiheitlichen auf scharfen Widerspruch stieß.  
Foto: Walter Fritz



Totaler Einsatz Jörg Haiders auch 1994 zu den Landtagswahlen in den Bundesländern.  
Foto: NFZ-Archiv



*Nationalratswahl 1994: Alle TV-Streitgespräche der Spitzenkandidaten, an denen Jörg Haider teilnimmt, verzeichnen höchste Einschaltzahlen.*

*Foto: Votava*



*Jörg Haider, siegessicher wie immer.*

*Foto: Votava*



*Volle Plätze, volle Säle überall, wo Haider spricht.*

*Foto: Verlag Gernak*



*Wahlplakatparade auf der Wiener Ringstraße: Auch hier ist die FPÖ stark vertreten.*

*Foto: Votava*



*Wahlkampf 1995: Das Scheitern der Regierung Vranitzky-Schüssel erzwingt im Abstand von nur einem Jahr einen neuen Nationalratswahlkampf, der, wie zerfetzte Haider-Plakate belegen, gegen die Freiheitlichen besonders gehässig geführt wird.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Verstärkung von außen: Hans Pretterebner und Liane Höbinger-Lehrer als Nationalratskandidaten 1994.*

*Foto: Bernhard Holzner*



*Hochbetrieb in freiheitlichen Wahlkampfbüros: per Telefon "direkter Draht" zum Wähler.*

*Foto: NFZ-Archiv*



*Sparen ist angesagt. Auch mit dieser Forderung gehen Österreichs Freiheitliche voran.  
Foto: Bernhard Holzner*



*Freiheitliches Neujahrstreffen 1996 in Linz: Nach der Nationalratswahl 1995 ist eine Überprüfung in allen Arbeitsbereichen fällig: Die FPÖ hat sich als Wählermillionär behauptet, trotz großer Erfolge in Westösterreich trugen Verluste im Osten den Verlust von zwei Mandaten ein. Die Aufbruchstimmung der Tausenden im Linzer Design-Center bleibt ungetrübt.  
Foto: Bernhard Holzner*



*Mit neuem Schwung zu neuen Zielen: Jörg Haider und der freiheitliche Kärntner Landeshauptmannstellvertreter Karl-Heinz Grasser.*

*Foto: Walter Fritsch*



*Im „Vertrag mit Österreich“ legen sich Österreichs Freiheitliche auf große Reformprojekte im politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich fest.*

*Foto: Bernhard Holzner*



*Die Öffnung der Freiheitlichen Partei zur Bürgerrechtsbewegung setzt über die freiheitliche Gefolgschaft hinaus ein zukunftsweisendes Zeichen für die Modernisierung und Neugestaltung des politischen Lebens in Österreich.*

*Foto: Bernhard Holzner*